

**Vorlage für die Beratung
des Eckwerte-Entwurfs 2012/2013
und des Finanzplan-Entwurfs 2011 bis 2015
im Magistrat**

Inhaltsübersicht

| | |
|--|----------|
| 1. Vorbemerkungen | 3 |
| 1.1 Verfahren zur Aufstellung der Haushalte 2012 und 2013, Zeitplan | 3 |
| 1.2 Finanzplanzeitraum | 3 |
| 1.3 Haushaltsabschluss 2010, Haushaltsvollzug 2011 | 3 |
| 1.4 Haushaltslose Zeit 2012 | 3 |
| 2. Umsetzung Föderalismusreform II | 3 |
| 2.1 Verwaltungsvereinbarung Bund / Land Bremen | 4 |
| 2.2 Änderung der Landeshaushaltsordnung und der Landesverfassung | 4 |
| 2.3 Sanierungsvereinbarung Land Bremen / Bremerhaven | 4 |
| 2.4 Bericht zum Sanierungsprogramm an den Stabilitätsrat | 5 |
| 2.5 Ableitung des strukturellen Defizits | 5 |
| 2.6 Verteilung der Konsolidierungshilfen | 6 |
| 2.7 Maßnahmen zum Abbau des strukturellen Defizits in Bremerhaven | 6 |
| 3. Eckwerte-Entwurf 2012/2013 mit Finanzplan-Entwurf bis 2015 | 8 |
| 3.1 Verfahren zur Festlegung der Eckwerte | 8 |
| 3.2 Einnahmen der laufenden Rechnung (konsumtive Einnahmen) | 9 |
| 3.2.1 Steuern | 9 |
| 3.2.2 Kosten der Einheit | 9 |
| 3.2.3 Finanzzuweisungen | 9 |
| 3.2.4 Sonstige konsumtive Einnahmen | 10 |
| 3.3 Einnahmen der Kapitalrechnung (investive Einnahmen) | 10 |
| 3.3.1 Zuweisungen für Investitionen | 10 |
| 3.3.2 Vermögensveräußerungen | 10 |
| 3.3.3 Sonstige investive Einnahmen | 11 |
| 3.4 Globale Mehr- und Mindereinnahmen | 11 |
| 3.5 Bereinigte Gesamteinnahmen | 11 |
| 3.6 Besondere Finanzierungsvorgänge | 11 |
| 3.6.1 Kreditaufnahmen | 11 |
| 3.6.2 Rücklagenentnahmen | 11 |
| 3.7 Ausgaben der laufenden Rechnung (konsumtive Ausgaben) | 11 |
| 3.7.1 Personalausgaben | 11 |
| 3.7.1.1 Personalausgaben der Übrigen Verwaltung | 11 |
| 3.7.1.2 Personalausgaben der Polizei | 12 |
| 3.7.1.3 Personalausgaben der Lehrkräfte | 12 |
| 3.7.2 Zinsausgaben | 12 |
| 3.7.3 Sonstige konsumtive Ausgaben | 13 |
| 3.7.3.1 Sozialleistungsausgaben | 13 |
| 3.7.3.2 Übrige sonstige konsumtive Ausgaben | 13 |
| 3.8 Ausgaben der Kapitalrechnung (investive Ausgaben) | 13 |
| 3.9 Globale Mehr- und Minderausgaben | 14 |
| 3.10 Bereinigte Gesamtausgaben | 14 |
| 3.11 Besondere Finanzierungsvorgänge | 14 |
| 3.12 Einhaltung von Vorgaben | 14 |
| 3.12.1 Finanzierungssaldo, zulässiges Defizit im Kernhaushalt (ohne Konsolidierungshilfen) | 14 |
| 3.12.2 § 18 Abs. 1 LHO | 15 |
| 3.12.3 § 118 Abs. 4 a LHO | 15 |
| 3.13 Quoten | 15 |
| 3.14 Verschuldung | 16 |

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 3.15 | Konsumtiver Saldo..... | 16 |
| 3.16 | Primärsaldo..... | 16 |
| 3.17 | Einwohnerbezogene Daten | 17 |
| 4. | Einzelthemen..... | 17 |
| 4.1 | Politische Schwerpunktsetzungen aus Landesmitteln | 17 |
| 4.1.1 | Kindertagesbetreuung, Sprachförderung, ganztägiges Lernen | 17 |
| 4.1.2 | Vorfinanzierung struktureller Entlastungen | 17 |
| 4.2 | Einzelthemen nach Ausschussbereichen..... | 18 |
| 4.2.1 | AB 0 - Fremdenverkehrsabgabe | 18 |
| 4.2.2 | AB 0 - Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien..... | 18 |
| 4.2.3 | AB 0 - Wirtschaftsbetrieb StadtFinanz | 18 |
| 4.2.4 | AB 4 - Deutsches Schiffahrtsmuseum | 19 |
| 4.2.5 | AB 4 - Ganztagschulen..... | 19 |
| 4.2.6 | AB 5 - Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen | 19 |
| 4.2.7 | AB 5 - Grundsicherung | 19 |
| 4.2.8 | AB 5 - Leistungen nach dem SGB XII (Kapitel 6422 - 6427) | 19 |
| 4.2.9 | AB 6 - Öffentlicher Personennahverkehr, Straßenbau..... | 20 |
| 4.2.10 | AB 6 - Städtebauförderung..... | 20 |
| 4.2.11 | AB 6 - Tunnel Cherbourger Straße | 20 |
| 4.2.12 | AB 8 - Ausbau von Kindertagesstättenplätzen für unter Dreijährige..... | 20 |
| 4.2.13 | AB 8 - Kindertagesstätten: Bedarfsgerechte Öffnungszeiten, Anpassung des Personalstandards an Bremen..... | 21 |
| 4.2.14 | AB 8 - Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts | 22 |
| 4.2.15 | AB 8 - Geplante Einführung des Bundeskinderschutzgesetzes | 22 |
| 4.2.16 | AB 10 - Sport | 22 |
| 4.3 | Ausschussübergreifende Einzelthemen | 22 |
| 4.3.1 | Kapitaldienstfinanzierungen (AB 0, 2)..... | 22 |
| 4.3.2 | Kapitel 6050 „Statistisches Amt und Wahlamt“ (AB 1, 7)..... | 22 |
| 4.3.3 | Kosten der Unterkunft, Bildung und Teilhabe (AB 4, 5, 8) | 23 |
| 5. | Zusammenfassung | 23 |

Anhänge und Tabellen

| | |
|-----------|--|
| Anhang 1 | Eckwerte-Entwurf 2012/2013 mit Finanzplan-Entwurf bis 2015 |
| Anhang 2 | Investitionsplan-Entwurf 2011 bis 2015 |
| Anhang 3 | Eckwerte-Entwurf 2012 nach Ausschussbereichen |
| Anhang 4 | Eckwerte-Entwurf 2013 nach Ausschussbereichen |
| Anhang 5 | Ableitung strukturelles Defizit |
| Tabelle 1 | Berechnung des zulässigen strukturellen Defizits auf Basis des Ist 2010 |
| Tabelle 2 | Berechnung des zulässigen Defizits im Kernhaushalt |
| Tabelle 3 | Berechnung der Konjunkturkomponente |
| Tabelle 4 | Bremische Steuerschätzung und Regionalisierung |
| Tabelle 5 | Finanzielle Transaktionen |
| Anhang 6 | Berechnung der Konsolidierungshilfen auf Basis des Ist 2010 |
| Anhang 7 | Veranschlagungsvorhaben |
| Anhang 8 | Einnahme-Ausgabe-Beziehungen |
| Anhang 9 | Ableitung der Personalausgabenveranschlagung "Übrige Verwaltung" |
| Anhang 10 | Mittelsituation Wirtschaftsbetrieb StadtFinanz |
| Anhang 11 | Kapitaldienstfinanzierungen - Verschuldung und Schuldendienst |
| Anhang 12 | Zeitplan für die Haushaltsaufstellung 2012/2013 und die Finanzplanung bis 2015 |

1. Vorbemerkungen

1.1 Verfahren zur Aufstellung der Haushalte 2012 und 2013, Zeitplan

Nach eingehender Erörterung wurde in Bremen entschieden, einen Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 aufzustellen. Da Bremerhaven in die Sanierung der Haushalte der drei bremischen Gebietskörperschaften eingebunden ist, empfiehlt es sich im Sinne eines abgestimmten Vorgehens, auch in Bremerhaven einen Doppelhaushalt aufzustellen. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat dazu am 15.09.2011 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Um einen reibungslosen Ablauf des Bremerhavener Haushaltsaufstellungsverfahrens sicherzustellen, ist im Einvernehmen mit dem Haus der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei der als **Anhang 12** beigefügte Zeitplan vorgesehen. Hierzu ist anzumerken, dass die Haushaltsdaten für 2012 bis zum 30.04.2012 dem Stabilitätsrat vorzulegen sind. Das Haushaltsaufstellungsverfahren 2012 muss deshalb rechtzeitig abgeschlossen werden. Dies wird mit der gewählten Terminlage unter Berücksichtigung des Verfahrens zur Genehmigung des Bremerhavener Haushalts durch den Bremer Senat gewährleistet.

1.2 Finanzplanzeitraum

Der fünfjährige Finanzplan umfasst den Zeitraum 2011 bis 2015 und ist nach § 31 der Landeshaushaltsordnung (LHO) i. V. m. § 1 des Ortsgesetzes zur Ausführung der LHO in der Stadt Bremerhaven und der Verfassung für die Stadt Bremerhaven sowie den Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft sowie des Haushaltsgrundsatzgesetzes (HGrG) aufzustellen. Der **Anhang 1** weist zusätzlich das Ist-Ergebnis für 2010 aus.

1.3 Haushaltsabschluss 2010, Haushaltsvollzug 2011

Das Haushaltsjahr 2010 konnte in Einnahme und Ausgabe mit einem Gesamtbetrag von 643.457.798,87 € ausgeglichen abgeschlossen werden. Vorbelastungen in Form von vorzutragenden Fehlbeträgen sind für das Haushaltsjahr 2012 nicht entstanden.

Für das Haushaltsjahr 2011 zeichnet sich zurzeit ein erfreulicher Verlauf ab, sodass auch hier nach heutiger Einschätzung mit keinen zusätzlichen Belastungen für das Haushaltsjahr 2012 zu rechnen ist.

1.4 Haushaltslose Zeit 2012

Der Haushalt 2012 wird nach heutigen Erkenntnissen erst am 20.03.2012 in der Stadtverordnetenversammlung beraten und beschlossen werden. Mit seiner Rechtskraft wird im Mai 2011 gerechnet. Bis dahin gibt es eine haushaltslose Zeit, in der unmittelbar die Rechtsvorschriften des Artikels 132a der Landesverfassung gelten. Um eine einheitliche Handhabung durch die Ämter und Eigen- sowie Wirtschaftsbetriebe nach § 26 LHO sicherzustellen, wird die Stadtkämmerei dem Magistrat im 4. Quartal 2011 rechtzeitig *Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven 2012 auf Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen* vorlegen.

2. Umsetzung Föderalismusreform II

Die Umsetzung der Föderalismusreform II („Schuldenbremse“) wurde seit September 2009 in zahlreichen Gesprächen zwischen den Bremer Bürgermeistern sowie dem Oberbürgermeister und dem Bürgermeister Bremerhavens sowie in der Arbeitsgruppe Finanzen zwischen Vertretern der Senatskanzlei, der Senatorin für Finanzen, der Magistratskanzlei und der Stadtkämmerei erörtert. In den Vorlagen für die Erstellung der Haushalt 2010 und 2011 wurde hierüber bereits berichtet. Im Folgenden wird kurz über den aktuellen Sachstand informiert.

2.1 **Verwaltungsvereinbarung Bund / Land Bremen**

Am 15.04.2011 wurde die *Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung der Konsolidierungshilfen* zwischen dem Bund und der Freien Hansestadt Bremen (im Folgenden „Verwaltungsvereinbarung“ genannt) unterzeichnet. In der Verwaltungsvereinbarung sind das strukturelle Defizit des Jahres 2010 als Ausgangswert sowie die Obergrenzen des strukturellen Defizits für die Jahre 2011 bis 2020 betraglich festgeschrieben worden. Die Überwachung der Einhaltung der Verwaltungsvereinbarung erfolgt durch den Stabilitätsrat. Die Verwaltungsvereinbarung regelt ferner

- die Definition des strukturellen Defizits unter namentlicher Nennung der bei der Ermittlung einzubeziehenden Wirtschaftsbetriebe, Sondervermögen und Gesellschaften,
- die Berechnung der konjunkturell bedingten Effekte,
- begründete Ausnahmefälle bei der Überschreitung der Obergrenzen des Finanzierungssaldos,
- die Modalitäten für die Auszahlung der jährlichen Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. € von 2011 bis 2019 sowie
- das Verfahren bei Nichteinhaltung der Vorgaben aus der Verwaltungsvereinbarung.

2.2 **Änderung der Landeshaushaltsordnung und der Landesverfassung**

Im Zusammenhang mit dem Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung der Konsolidierungshilfen wurde die Landeshaushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen um den § 18 a „Konsolidierungsverpflichtungen für die Haushalte 2011 bis 2019“ wie folgt ergänzt:

*„Zur Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen in den Jahren 2011 bis 2019 gemäß Artikel 143d Absatz 2 Satz 4 und 5 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 4 des Konsolidierungshilfengesetzes sind die in der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Freien Hansestadt Bremen vom 15. April 2011 abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung für die Jahre 2011 bis 2019 festgelegten Obergrenzen des strukturellen Finanzierungsdefizits einzuhalten. **Das Land und die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven erfüllen gemeinsam die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen.**“*

Darüber hinaus ist auf Landesebene beabsichtigt, die „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung aufzunehmen.

2.3 **Sanierungsvereinbarung Land Bremen / Bremerhaven**

Von Bremer Seite wird vor dem Hintergrund der „Schuldenbremse“ der Abschluss einer Sanierungsvereinbarung zwischen dem Land Bremen und der Stadt Bremerhaven angestrebt. Der Bremer Senat hatte dazu am 28.09.2010 die Senatskanzlei und die Senatorin für Finanzen gebeten, die Abstimmung mit Bremerhaven hinsichtlich der beabsichtigten Sanierungsvereinbarung fortzusetzen.

In der Vereinbarung zur Zusammenarbeit - Koalition - zwischen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der 18. Wahlperiode der Seestadt Bremerhaven 2011 – 2015 (Koalitionsvereinbarung für Bremerhaven) wird hierzu ausgeführt:

„Die Koalitionsparteien begegnen aktiv den Herausforderungen, die sich aus den Bedingungen der „Schuldenbremse“ ergeben. Die Wahlperiode bis 2015 ist insoweit als erste Hälfte auf dem Weg zu einem Bremerhavener Haushalt ohne Neuverschuldung zu betrachten, in der die notwendigen Abbauschritte des strukturellen Defizits geleistet werden müssen. Es wird die gemeinsame Zielsetzung unterstrichen, die Finanzierungslücke des Haushalts bis 2020 in zehn gleichen Schritten zu verringern. Die Einhaltung der entsprechenden Defizit-Obergrenzen der kommenden Haushalte bildet den Maßstab unserer Haushaltspolitik.

Wir wollen mit dem Land Bremen zu einer Regelung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung kommen. *Bedingung hierfür ist, dass die Autonomie Bremerhavener Haushaltspolitik innerhalb dieses Rahmens unangetastet bleibt. Der besonderen Problemlage des Bremerhavener Haushalts ist dadurch Rechnung zu tragen, dass das Land unsere Haushaltsnotlage anerkennt und durch geeignete Maßnahmen aktiv zu dessen Beseitigung beiträgt. Zudem kann*

der Defizitabbau nur gelingen, wenn der Bund bzw. das Land nicht weitere Kosten auf Bremerhaven verlagert. Am innerbremischen Finanzausgleich soll in der bestehenden Form festgehalten werden. Deshalb setzen wir uns für den Fortbestand des Ende 2012 auslaufenden Finanzzuweisungsgesetzes ein.“

Gespräche über den Abschluss einer Sanierungsvereinbarung haben auf der Verwaltungsebene bereits stattgefunden. In der Sanierungsvereinbarung geht es u. a. um die Festlegung des zulässigen strukturellen Defizits für die kommenden Bremerhavener Haushalte sowie um den Bremerhavener Anteil an den vom Bund gewährten Konsolidierungshilfen für das Land Bremen. Letzteren wird es nach dem augenblicklichen Stand der Diskussion nur geben, wenn es auch zu einem Abschluss der Sanierungsvereinbarung kommt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

2.4 Bericht zum Sanierungsprogramm an den Stabilitätsrat

Der Stabilitätsrat hat zu seiner 3. Sitzung am 23.05.2011 folgende Pressemitteilung herausgegeben:

*„...Der Stabilitätsrat hat festgestellt, dass in den Ländern Berlin, **Bremen**, Saarland und Schleswig-Holstein eine Haushaltsnotlage droht. Der Evaluationsausschuss hat in die Prüfung alle relevanten Bereiche der Haushalte der vier Länder umfassend einbezogen. Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage, die sich aus der Analyse der Haushaltskennziffern ergeben haben, konnten dabei nicht entkräftet werden.*

Mit den betroffenen Ländern sind in der nächsten Sitzung des Stabilitätsrates im November 2011 Sanierungsprogramme zu vereinbaren. Die Sanierungsprogramme erstrecken sich über fünf Jahre und enthalten Vorgaben für die angestrebten Abbauschritte der jährlichen Nettokreditaufnahme und geeignete Sanierungsmaßnahmen.

Die betroffenen Länder werden hierfür Vorschläge unterbreiten. Der Stabilitätsrat hat den Evaluationsausschuss beauftragt, die vorgeschlagenen Sanierungsprogramme zu überprüfen und Einzelheiten mit den betroffenen Ländern abzustimmen. Mitglieder dieses Ausschusses sind die Staatssekretäre des Bundesministeriums der Finanzen und die Staatssekretäre der Finanzministerien der Länder Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen. ...“

Der Stabilitätsrat hat die betroffenen Länder gebeten, beratungsfähige Unterlagen bis spätestens 15. Oktober 2011 vorzulegen. Dabei muss eine schlüssige Entwicklung der Haushalte über den Gesamtzeitraum 2011 bis 2016 aufgezeigt werden.

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven wurde mit Schreiben aus dem Hause der Senatorin für Finanzen vom 05.09.2011 gebeten, hierfür bis zum 30.09.2011 konkrete Konsolidierungsmaßnahmen zu benennen. Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

2.5 Ableitung des strukturellen Defizits

Nach § 2 Abs. 1 des Konsolidierungshilfengesetzes ist das Finanzierungsdefizit des Jahres 2010 Ausgangswert für den Abbau des strukturellen Defizits in den Jahren 2011 bis 2020. Im **Anhang 5, Tabelle 1**, ist die Berechnung des zulässigen strukturellen Defizits auf Basis des Ist 2010 dargestellt.

Hierzu ist anzumerken, dass sich der Ausgangswert des strukturellen Defizits 2010 noch ändern kann.

In § 3 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung wird darauf hingewiesen, dass das strukturelle Defizit für das Jahr 2010 gemäß den §§ 1 und 2 dieser Vereinbarung überprüft und gegebenenfalls neu berechnet wird, sobald die vom Statistischen Bundesamt ermittelten Daten zu den Schulden der öffentlichen Haushalte für das Jahr 2010 zur Verfügung stehen.

Bei Redaktionsschluss stand die endgültige Höhe des strukturellen Defizits 2010 noch nicht fest. Von Bremer Seite wird mit keinen gravierenden Änderungen gerechnet. **Gleichwohl stehen die Berechnungen in den Tabellen 1 und 2 des Anhangs 5 zunächst unter Vorbehalt.**

Anhang 5, Tabelle 2, zeigt die Berechnung des zulässigen Defizits im Kernhaushalt für den Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015, wie er sich zurzeit darstellt. Zeile 2 zeigt den kontinuierlichen Abbau des zulässigen strukturellen Defizits in 2010 in 10 gleichen Raten. Der Betrag von 126,4 Mio. € (Zeile 1) wird demnach rechnerisch in 2015 auf -63,2 Mio. € (Zeile 3) und in 2020 auf 0 € abgebaut sein. Die Zeilen 4 bis 15 werden in den kommenden Jahren ständigen Änderungen unterworfen sein.

Nach dem augenblicklichen Stand ergibt sich für den Kernhaushalt 2012 ein zulässiges Defizit (ohne Konsolidierungshilfen) von 118,4 Mio. € und für 2013 von 111,9 Mio. €.

Diese Beträge sind im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2012/2013 von Bremerhaven einzuhalten.

In den Zeilen 17 bis 21 sind Veranschlagungsvorgaben dargestellt, die von Bremerhavener Seite nicht verändert werden können.

In den **Tabellen 3, 4 und 5 des Anhangs 5** sind die Berechnungen der Konjunkturkomponente, die Differenz zwischen der bremischen Steuerschätzung und der Regionalisierung¹ sowie die finanziellen Transaktionen dargestellt. Die Berechnungen sind Teil der Gesamtdarstellung im **Anhang 5, Tabelle 1** (Zeilen 12, 14, 15, 17, 18) und **Tabelle 2** (Zeilen 4, 12, 13, 14).

2.6 Verteilung der Konsolidierungshilfen

Anhang 6 zeigt die Verteilung der Konsolidierungshilfen auf die drei bremischen Gebietskörperschaften auf Basis des strukturellen Ist-Defizits 2010. Das strukturelle Defizit des Stadtstaats in Höhe von -1.218,9 Mio. € ist in der Verwaltungsvereinbarung in § 3 Abs. 2 mit einem Vorbehaltshinweis² fixiert worden.

Wie die Tabelle zeigt, hat sich der **Anteil Bremerhavens für die Zeit von 2012 bis 2019** von zunächst angenommenen 33 Mio. € auf **31,109 Mio. €** reduziert.

Nach § 7 Abs. 3 der Verwaltungsvereinbarung werden zwei Drittel der Konsolidierungshilfen zum 01.07. des laufenden Jahres ausgezahlt. Damit beträgt der **Bremerhavener Anteil an den Konsolidierungshilfen in 2011** nunmehr **20,739 Mio. €** (vormals 22 Mio. €) und in **2020** jetzt **10,370 Mio. €** (vorher 11 Mio. €). Das restliche Drittel wird zum 01.07. des Folgejahres ausgezahlt, wenn der Stabilitätsrat die Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtung für das abgelaufene Jahr feststellt oder in begründeten Ausnahmefällen feststellt, dass eine Überschreitung der in der Verwaltungsvereinbarung festgeschriebenen Obergrenzen des Finanzierungsdefizits unbeachtlich ist.

Die finanzielle Verschlechterung beim Anteil an den Konsolidierungshilfen wirkt sich letztlich negativ auf den bislang angenommenen Schuldendienst für die zum Haushaltsausgleich aufzunehmenden Kreditmarktmittel aus.

2.7 Maßnahmen zum Abbau des strukturellen Defizits in Bremerhaven

Um das in **Anhang 5, Tabelle 2, Zeile 16**, zulässige Defizit im Kernhaushalt (ohne Konsolidierungshilfen) einhalten zu können, hat die Stadtkämmerei unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und anzunehmenden Datenlage planerisch folgende **globale Konsolidierungsminderungen** (in Mio. €) veranschlagt:

| Jahr | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|------------------|--------------|---------------|---------------|---------------|
| insgesamt | 6,200 | 14,180 | 18,890 | 25,880 |
| darin enthalten | | | | |
| Anteil 2012 | 6,200 | 6,200 | 6,200 | 6,200 |
| Anteil 2013 | | 7,980 | 7,980 | 7,980 |
| Anteil 2014 | | | 4,710 | 4,710 |
| Anteil 2015 | | | | 6,990 |

¹ Siehe dazu auch Ausführungen unter Ziffer 3.2.1 der Beratungsvorlage.

² Siehe Ausführungen unter Ziffer 2.5 der Beratungsvorlage.

Wegen der einfacheren Darstellung erfolgt dies zunächst nur auf der Ausgabenseite.

Sie können sich im weiteren Verlauf des Haushaltsaufstellungsverfahrens im Zusammenhang mit der endgültigen Festlegung des strukturellen Defizits²⁾ und durch Änderungen bei den Verrechnungen sowohl zum Positiven als auch zum Negativen ändern.

Um die globalen Konsolidierungsminderausgaben zu reduzieren, wurde bereits im Vorwege auf die Vorhaltung von Mitteln für die **Veränderungsbedarfe der Ämter** verzichtet.

Änderungswünsche der Ämter können im Zuge der weiteren Haushaltsaufstellung insofern nur durch Mittelumschichtungen im Haushalt berücksichtigt werden.

Wie bereits unter Ziffer 2.4 der Beratungsvorlage ausgeführt wurde, ist das Land Bremen gehalten, dem Stabilitätsrat bis zum 15. Oktober 2011 ein Sanierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre vorzulegen. Dazu sind konkrete Vorschläge zum Abbau des strukturellen Defizits auch von Bremerhaven vorzulegen.

Dies bedeutet, dass die bislang eingestellten globalen Konsolidierungsminderausgaben durch konkrete Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite aufzulösen sind.

In der aktuellen Koalitionsvereinbarung für Bremerhaven wurden dazu bereits erste Überlegungen angestellt. So heißt es im Teil „Finanzen“:

„...Dennoch werden die Koalitionsparteien in den nächsten vier Jahren alle vertretbaren Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung und Ausgabensenkung bzw. -begrenzung nutzen. Wie z. B.:

- 1. Die Hebesätze der Gewerbe- und Grundsteuer sowie weitere in Frage kommende Kommunalsteuern und Abgaben sind insbesondere im Abgleich zu den Entwicklungen im Umland und in Bremen zu überprüfen und ggf. anzupassen.*
- 2. Die Gebühren und Eintrittspreise zu überprüfen und ggf. anzupassen.*
- 3. Eine Fremdenverkehrsabgabe zur Attraktivitätssteigerung tourismusfördernder kultureller Angebote in Bremerhaven wird eingeführt.*

...“

An dieser Stelle sei angemerkt, dass Mehreinnahmen bei der Gewerbe- und Grundsteuer in 2012, die aus einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung rückwirkend zum 01.01.2012 resultieren, beim Abbau des strukturellen Defizits rechnerisch erst ab 2013 berücksichtigt werden können. Hintergrund ist, dass die unter Konsolidierungsgesichtspunkten maßgeblichen steuerabhängigen Einnahmen der bremischen Gebietskörperschaften - gemäß Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund - für 2012 bereits mit den Regionalisierungsergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2011 abschließend festgelegt sind. In der Berechnung des strukturellen Defizits gesondert berücksichtigt werden lediglich noch die Einnahmen aus der Hund- und Vergnügungssteuer.

Die Stadtkämmerei hat den Magistrat inzwischen über denkbare Einnahmeverbesserungen in den Bereichen Fremdenverkehrsabgabe, Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B sowie Hundesteuer informiert.³

In Bremen ist nach vorliegenden Erkenntnissen eine Überprüfung des Gewerbesteuerhebesatzes angedacht. Eine Entscheidung hierüber soll im Rahmen der Befassung des Haushalts 2013 erfolgen. Im Falle einer Anhebung ist diese zum 01.01.2013 geplant. Hinsichtlich der Fremdenverkehrsabgabe wird auf die Ausführungen unter Ziffer 4.2.1 der Beratungsvorlage verwiesen.

Unter „Verwaltung und Personal“ wird in der aktuellen Koalitionsvereinbarung für Bremerhaven ausgeführt:

„...Ein wesentliches Element der Haushaltskonsolidierung ist die nachhaltige Begrenzung der Personalausgaben. Kostensteigerungen, z. B. durch Tarifierhöhungen, lassen sich nur auffangen, wenn die sich aus der demografischen Entwicklung beim Personal ergebenden Spielräu-

³ Magistratsvorlage Nr. II/52/2011 vom 04.07.2011, Kenntnisnahme des Magistrats am 03.08.2011.

me (Fluktuation) genutzt werden. Zu diesem Zweck wird die Magistratskanzlei beauftragt, durch eine möglichst flächendeckende Aufgabenüberprüfung der Verwaltung Einsparpotentiale zu identifizieren und dem Magistrat sowie dem Personal- und Organisationsausschuss regelmäßig hierüber zu berichten. Eine erste Vorlage erwarten wir bis zum 31.12.2011. ...“

Wie der Koalitionsvereinbarung für Bremerhaven zu entnehmen ist, wird es aus zeitlichen Gründen nicht möglich sein, die im vorliegenden Eckwerte-Entwurf für 2012 und 2013 veranschlagten globalen Konsolidierungsminderausgaben kurzfristig aufzulösen. **Gleichwohl ist dies aber bis zum Ende des Haushaltsaufstellungsverfahrens sicherzustellen. Dabei ist eine nachhaltige Lösung anzustreben.**

Ob und inwieweit bis zum Ende des laufenden Haushaltsaufstellungsverfahrens konkrete Maßnahmen zur unter Umständen teilweisen Auflösung der globalen Konsolidierungsminderausgaben im Finanzplanzeitraum bis 2015 vorgelegt und haushalterisch umgesetzt werden können, bleibt abzuwarten. Hierbei wird insbesondere die Auffassung des Stabilitätsrates zum Umgang mit der Veranschlagung globaler Minderausgaben zu beachten sein.

3. Eckwerte-Entwurf 2012/2013 mit Finanzplan-Entwurf bis 2015

3.1 Verfahren zur Festlegung der Eckwerte

Ausgangsbasis für den Eckwerte-Entwurf 2012/2013 ist der bisherige Finanzplan für 2012 auf der Grundlage der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2010, wie er dem Senat der Freien Hansestadt Bremen anlässlich der Genehmigung des Haushalts 2011 am 01.02.2011 vorgelegen hat.

Darauf aufsetzend wurden folgende wesentliche Veränderungen vorgenommen:

- Berücksichtigung der Ergebnisse der Steuerschätzung von Mai 2011 mit Auswirkungen auf die Steuern und Schlüsselzuweisungen,
- Aktualisierung der Kreditaufnahmen und des Schuldendienstes,
- Aktualisierung der Verrechnungen mit dem Land mit Auswirkungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite,
- Auflösung der für Veränderungsbedarfe der Ämter vorgehaltenen konsumtiven und investiven Reserven,
- Aktualisierung der Mengengerüstwerte im Bereich Schulen,
- Berücksichtigung der Auswirkungen aus der überarbeiteten Ableitung des strukturellen Defizits,
- rechtliche Anpassungen (Bestattungskosten beim Gesundheitsamt, Zuschüsse an das Jobcenter Bremerhaven, Mehrwertsteuer und Investitionen im Gebührenhaushalt Friedhofswesen, Entgelt an EBB für Straßenentwässerung, Leibrenten an Seestadt Immobilien),
- Anpassung der Einnahmewachstumsrate an die Ausgabewachstumsrate (von 0,3 % auf 0 %),
- Veranschlagung zusätzlicher Einnahmen für Brandschutz im Überseehafengebiet, bei Kindertagesstättengebühren und Erstattungen von verauslagten Kosten bei behördlichen Bestattungen
- Neufestlegung des finanziellen Rahmens für die Personalausgaben der Übrigen Verwaltung
- Einsparungen von jeweils 50.000 € bei den Zuschüssen an die „Eisbären“ und „Pinguins“⁴.

Zur Aktualisierung der Verrechnungen mit dem Land ist anzumerken, dass eine Abstimmung der Verrechnungspositionen bis zum Redaktionsschluss am 22.09.2011 nicht in allen Fällen möglich war. Die Ämter werden deshalb gebeten, im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren eine abschließende detaillierte Abstimmung der einzelnen Verrechnungspositionen mit den Bremer Ressorts vorzunehmen. Insofern sind hier noch Änderungen gegenüber den bislang vorgesehenen Eckwerten zu erwarten.

Sofern nicht Veranschlagungsvorgaben (**Anhang 7**) oder rechnerische Einnahme-Ausgabe-Beziehungen (**Anhang 8**) zu berücksichtigen waren, wurden die übrigen Haushaltspositionen in der Einnahme und Ausgabe planerisch ab 2012 ff mit einem Nullwachstum auf Basis der

⁴ Beschluss Finanz- und Wirtschaftsausschuss, Umlaufvorlage 1/2011 im Wirtschaftsteil.

Ansätze 2011 fortgeschrieben. Lediglich bei den Sozialleistungsausgaben und den darauf beruhenden Einnahmen wurde auf Basis der bisherigen Finanzplanung analog zur Vorgehensweise in Bremen ab 2012 ff eine Zuwachsrate von 1,7 % p. a. auf den Vorjahresansatz berücksichtigt.

3.2 Einnahmen der laufenden Rechnung (konsumtive Einnahmen) (Ziffer 1 - 1.3, 19.1 des Finanzplan-Entwurfs)

3.2.1 Steuern (Ziffern 1.1, 17.5 des Finanzplan-Entwurfs)

Die Steuereinnahmen leiten sich zunächst aus den regionalisierten Ergebnissen der vom Bund-Länder-„Arbeitskreis Steuerschätzungen“ vorgelegten Prognosen ab. Für die bremischen Haushalte werden die Ergebnisse der Steuerschätzung über die vom Finanzministerium Baden-Württemberg für alle Länder durchgeführte, so genannte „Regionalisierung“ der Schätzergebnisse (Verteilung über Anteile nach Steuerarten, Berücksichtigung der Finanzausgleichseffekte usw.) unter Einbeziehung bremischer Sonderentwicklungen ermittelt. Die Schätzungen des Arbeitskreises erfolgen grundsätzlich orientiert am geltenden Steuerrecht und an gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten.

Die regionalisierten Ergebnisse sind verbindliche Grundlage für die Sanierungsberichterstattung gegenüber dem Stabilitätsrat. Für die Veranschlagung im Haushaltsplan prüft die Senatorin für Finanzen in Bremen allerdings, ob die regionalisierten Ergebnisse mit der tatsächlichen Entwicklung vor Ort übereinstimmen. Im Einzelfall kann es deshalb zu Abweichungen in der Veranschlagung kommen.

Die zu veranschlagenden Steuereinnahmen für Bremerhaven werden von der Senatorin für Finanzen in Bremen vorgegeben. Im Eckwerte-Entwurf 2012 sind die Ergebnisse der Steuerschätzung von Mai 2011 berücksichtigt. Die augenblickliche Steuerentwicklung (in Mio. €) stellt sich für Bremerhaven insgesamt wie folgt dar:

| Steuerart | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------|-------------|-------------|-------------|--------------|--------------|--------------|
| Steuern insgesamt | 85,1 | 88,0 | 96,0 | 101,0 | 105,0 | 109,1 |
| Gewerbsteuer netto | 29,7 | 32,9 | 38,4 | 40,7 | 42,4 | 44,0 |
| Grundsteuer B | 23,3 | 23,3 | 24,5 | 24,9 | 25,4 | 26,0 |
| Gemeindeanteil Lohnsteuer | 23,4 | 18,2 | 19,5 | 20,6 | 21,7 | 22,8 |
| Gemeindeanteil Einkommensteuer | 6,9 | 6,9 | 6,4 | 7,3 | 7,8 | 8,3 |
| Gemeindeanteil Umsatzsteuer | 4,4 | 4,4 | 4,6 | 4,8 | 4,9 | 5,1 |
| Gemeindeanteil Abgeltungssteuer | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,4 | 1,5 | 1,6 |
| Übrige Vergnügungssteuer | 1,3 | 0,9 | 1,0 | 1,0 | 1,0 | 1,1 |
| Hundesteuer | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,3 |

3.2.2 Kosten der Einheit (Ziffer 1.1.1 des Finanzplan-Entwurfs)

Der Bremerhavener Finanzierungsanteil an den Kosten „Deutsche Einheit“ ergibt sich aus einem erhöhten Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage und aus Kürzungen der Schlüsselzuweisungen.

Von 1994 bis 2010 betragen die daraus resultierenden Einnahmeausfälle insgesamt 102,2 Mio. €. Von 2011 bis 2015 ist nach der Steuerschätzung von Mai 2011 von weiteren 9,4 Mio. € auszugehen, insgesamt also voraussichtlich 111,6 Mio. €.

3.2.3 Finanzausweisungen (Ziffern 1.2 - 1.2.11 des Finanzplan-Entwurfs)

Die **Schlüsselzuweisungen** werden von der Senatorin für Finanzen im Rahmen des Bremischen Finanzausgleichs auf der Basis der Steuerschätzungsdaten errechnet und vorgegeben.

Die **Kompensationszahlung für die Kraftfahrzeugsteuer** und die **Ergänzungszuweisungen** sind unverändert geblieben.

Auf die **Konsolidierungshilfen** ist bereits unter Ziffer 2.6 der Beratungsvorlage näher eingegangen worden.

Die **Personalkostenerstattungen** für die **Polizei** und die **Lehrkräfte** wurden von der Senatorin für Finanzen vorgegeben. Im Vorwege hatte es mehrere Gespräche zwischen Vertretern der Senatorin für Finanzen und Vertretern Bremerhavens, insbesondere der Ortspolizeibehörde und dem Schulamt, gegeben. Die vom Hause der Senatorin für Finanzen angestrebte Reduzierung der Personalzielzahlen sollte gegebenenfalls unter Einbeziehung der Ortspolizeibehörde und des Schulamtes politisch erörtert werden.

Die **Erstattungen** im Bereich der **Sozialleistungsausgaben** des Sozialamtes und des überörtlichen Jugendhilfeträgers wurden von der Senatorin für Finanzen grundsätzlich auf der Basis des Ansatzes 2011 gesteigert um 1,7 % p. a. vorgegeben. Auf die Besonderheiten in den Bereichen Grundsicherung sowie Kosten der Unterkunft, Bildung und Teilhabe wird unter den Ziffern 4.2.7 und 4.3.3 der Beratungsvorlage näher eingegangen.

Bei den **übrigen Verrechnungseinnahmen** vom Land hat es teilweise Ansatzänderungen aufgrund von prozentualen Veränderungen auf Bremer Seite gegeben.

Abschließend wird noch einmal auf die Ausführungen unter Ziffer 3.1 der Beratungsvorlage verwiesen.

3.2.4 Sonstige konsumtive Einnahmen (Ziffern 1.3 des Finanzplan-Entwurfs)

Hier werden insbesondere Gebühren, Beiträge, Eintrittsgelder, Kostenerstattungen, Schuldendiensteinnahmen und Spenden verbucht.

Der Rückgang der Einnahmen in 2012 gegenüber 2011 ist in erster Linie auf die in 2012 einmalig veranschlagten Mehreinnahmen von 2,5 Mio. € aus Gewinnen aus Unternehmen und Beteiligungen zurückzuführen.

3.3 Einnahmen der Kapitalrechnung (investive Einnahmen) (Ziffern 2 - 2.3 des Finanzplan-Entwurfs)

Hierbei handelt es sich schwerpunktmäßig um Zuweisungen für Investitionsausgaben der Polizei, um Städtebauförderungsmittel, Straßenbaumittel nach dem ENTFLECHTIG sowie dem BremÖPNVG, Umweltschutzmittel und Wirtschaftsförderungsmittel.

Inwieweit die auf der Bundesebene geplante weitere Kürzung der Städtebauförderungsmittel Auswirkungen auf Bremerhaven haben wird bleibt abzuwarten.

Bei den übrigen Zuweisungen für Investitionen handelt es sich nahezu ausschließlich um Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen und Vorausleistungen.

3.3.1 Zuweisungen für Investitionen (Ziffer 2.1 - 2.1.2 des Finanzplan-Entwurfs)

3.3.2 Vermögensveräußerungen (Ziffer 2.2 des Finanzplan-Entwurfs)

Erlöse aus dem Verkauf von Gewerbegrundstücken werden von der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), andere Grundstücksverkäufe grundsätzlich vom Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien vereinnahmt und in den jeweiligen Wirtschaftsplänen dargestellt. Eine Veranschlagung anderer Vermögensveräußerungen ist für die nächsten Jahre zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzusehen.

Sollte erwogen werden, zusätzliche Vermögensveräußerungen zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung zu akquirieren, ist zu beachten, dass diese im Falle einer Buchung im Kernhaushalt aufgrund des gegenwärtigen Berechnungsschemas als finanzielle Transaktion bei der Ermittlung des zulässigen strukturellen Defizits wieder herausgerechnet werden und insoweit grundsätzlich nicht zum Abbau des Konsolidierungsbetrages geeignet sind. Gleichwohl würde eine Verminderung der Gesamtverschuldung einschließlich Zinsersparnis eintreten.

3.3.3 Sonstige investive Einnahmen (Ziffer 2.3 des Finanzplan-Entwurfs)

Sonstige investive Einnahmen sind aufgrund einer Zuordnungsänderung von Gruppierungen seit 2004 entfallen.

3.4 Globale Mehr- und Mindereinnahmen (Ziffer 3 des Finanzplan-Entwurfs)

Globale Mehr- und Mindereinnahmen wurden nicht eingestellt.

3.5 Bereinigte Gesamteinnahmen (Ziffer 4, 16.1 des Finanzplan-Entwurfs)

Die bereinigten Gesamteinnahmen sind die Summe aus Einnahmen der laufenden Rechnung (konsumtive Einnahmen), Einnahmen der Kapitalrechnung (investive Einnahmen) sowie globale Mehr- und Mindereinnahmen, vereinfacht gesagt Einnahmen ohne Kredite und Rücklagen.

3.6 Besondere Finanzierungsvorgänge (Ziffern 5 - 5.4 des Finanzplan-Entwurfs)

3.6.1 Kreditaufnahmen (Ziffer 5.1 des Finanzplan-Entwurfs)

Die Bruttokreditaufnahmen nehmen infolge der Auswirkungen der Schuldenbremse planerisch ab. Dies wird allerdings nur eintreten, wenn die jährlichen Konsolidierungsbeträge auch tatsächlich erbracht werden und der Bremerhavener Anteil an den Konsolidierungshilfen auch fließen wird. Ab 2020 dürfen nur noch Kredite zur Tilgung von Altdarlehen aufgenommen werden.

3.6.2 Rücklagenentnahmen (Ziffer 5.2 des Finanzplan-Entwurfs)

In 2012 ist eine Entnahme von speziell vorgehaltenen Rücklagemitteln in Höhe von 356.860 € zur Finanzierung von Altersteilzeitfällen in der Freistellungsphase im Kapitel 6990 „Zentral veranschlagte Personalausgaben (Übrige Verwaltung)“ vorgesehen.

3.7 Ausgaben der laufenden Rechnung (konsumtive Ausgaben) (Ziffer 7 - 7.3.2.2, 19.2 des Finanzplan-Entwurfs)

3.7.1 Personalausgaben (Ziffern 7.1 - 7.1.3, 17.1, 17.2 des Finanzplan-Entwurfs)

3.7.1.1 Personalausgaben der Übrigen Verwaltung (Ziffern 7.1.1, 17.2 des Finanzplan-Entwurfs)

Plandaten für die Personalausgaben der Übrigen Verwaltung können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht haushaltsstellenscharf vorgelegt werden. Der wesentliche Grund hierfür ist die Umstellung des Personalkostenabrechnungssystems, die zwar für den Tarifbereich mittlerweile abgeschlossen ist, für die Beamtenbesoldung hingegen noch aussteht. Mit dem Systemwechsel verbunden sind Verzögerungen und andere Schwierigkeiten, die einen umfassenden Abgleich mit dem Soll-Stellenplan und damit verbundene Hochrechnungen erst spät ermöglicht

haben und durch die kurzfristig zu erstellende und zu prüfende Ansatzprognose für ein weiteres Jahr (2013) noch verstärkt wurden.

Gleichwohl ist der Rahmen für die Bemessung des Personalausgabevolumens der „Übrigen Verwaltung“ klar definiert. Abgeleitet aus dem angestrebten „Null-Wachstum“ für das aktive Personal ergeben sich den aktuellen Berechnungen zufolge (vgl. **Anhang 9** zur Beratungsvorlage) Obergrenzen von **110.748.710 € (2012)** bzw. **111.891.650 € (2013)**.

Innerhalb dieses Rahmens sind die Personalausgaben in den nächsten Wochen auszudifferenzieren. Hierzu bedarf es zunächst der Abstimmung der jeweiligen Personalkostenbudgets, die in bewährter Weise zwischen dem Personalamt und Fachämtern erfolgen wird. Der daraus abzuleitende Mittelbedarf ist rechnerisch um die möglichen Mehrbedarfe aus Stellenplananträgen sowie weiteren zentral einzustellenden Faktoren (Beihilfe, Altersteilzeit etc.) zu erhöhen und dem verfügbaren Volumen gegenüber zu stellen. Das Ergebnis wird Aufschluss darüber geben, inwiefern weitere Setzungen vorgenommen werden müssen, d. h. ob und in welcher Höhe zukünftige Tarifierhöhungen (per 01.03.2012 zu erwarten) sowie Besoldungserhöhungen (nicht vor dem 01.01.2013) berücksichtigt werden bzw. Reserven hierfür vorgehalten werden können.

Aufgrund des derzeitigen Sachstands ist es unumgänglich, **die Haushaltsberatungen der Fachausschüsse im Herbst dieses Jahres ohne Einbeziehung der Personalausgaben durchzuführen**, was jedoch auch wegen der Budgetverantwortung des Personalamtes für diesen Ausgabenbereich ausnahmsweise für vertretbar gehalten wird. Hinzu kommt, dass sowohl der Finanz- und Wirtschaftsausschuss als auch die Stadtverordnetenversammlung im weiteren Verfahren Anfang 2012 selbstverständlich in die Lage versetzt werden, über haushaltsstellen-scharfe Ansätze für 2012/13 zu beraten und zu beschließen. Darüber hinaus wird das Dezernat I dem Magistrat Ende 2011 in einer gesonderten Vorlage eine Gesamtschau über die Personalausgabenveranschlagung der „Übrigen Verwaltung“ für 2012/13 sowie über etwaige Steuerungsnotwendigkeiten darlegen. Eine Einhaltung der obengenannten Rahmendaten für die Haushaltsjahre 2012 und 2013, die insofern fester Bestandteil der mit dieser Vorlage vorge-schlagenen Eckwerte-Ableitungen sind, ist aus heutiger Sicht zwingend erforderlich.

3.7.1.2 Personalausgaben der Polizei (Ziffern 7.1.2 des Finanzplan-Entwurfs)

Die Ansätze für die Personalausgaben der Polizei wurden zwischen der Ortspolizeibehörde und der Senatorin für Finanzen kommuniziert. Die Personalausgaben werden nach Gegenrechnung bestimmter Einnahmepositionen zu 100 % von Bremen erstattet.

3.7.1.3 Personalausgaben der Lehrkräfte (Ziffern 7.1.3 des Finanzplan-Entwurfs)

Die Ansätze für die Personalausgaben der Lehrkräfte wurden zwischen dem Schulamt und der Senatorin für Finanzen besprochen. Die Personalausgaben werden ebenfalls nach Gegenrechnung bestimmter Einnahmepositionen zu 100 % von Bremen erstattet.

3.7.2 Zinsausgaben (Ziffern 7.2 - 7.2.3, 17.3, 17.4, 17.5 des Finanzplan-Entwurfs)

Die Zinsausgaben für Kreditmarktmittel ergeben sich aus den Mittelbedarfen für die bereits vertraglich eingegangenen Verpflichtungen aus Kreditaufnahmen sowie aus den kalkulierten, kommenden Zahlungsverpflichtungen für die planerische Neuverschuldung.

Für die Kalkulation der Zinsausgaben bei Neuaufnahmen wurden auf der Grundlage von Zins-erwartungen des Kreditreferates der Senatorin für Finanzen eine Zinsbindungsfrist von 10 Jahren und ein jährlicher Zinssatz von 3,0 % für 2011 bis 2014, von 3,3 % für 2015 und von 3,6 % ab 2016 ff unterstellt. Bei der Berechnung der Zinsen wird davon ausgegangen, dass der Schuldendienst für die im jeweiligen Jahr aufzunehmenden Darlehen erst zu 100 % im Folge-jahr fällig wird.

Planerisch wird der bisher angenommene Zinsanstieg abgebremst. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Konsolidierungsvorgaben konsequent umgesetzt werden und die Zinsen am Kapitalmarkt perspektivisch niedrig bleiben.

Hinsichtlich der Zinsen für Kapitaleinstellfinanzierungen wird auf die Angaben im Finanzplan-Entwurf (**Anhang 1**) unter Ziffer 7.2.2 verwiesen.

Die Höhe der Zinsausgaben für Kassenkredite wird unter Berücksichtigung vorhandener Kassenliquidität und unter Beachtung des Höchstbetrages für Kassenverstärkungskredite maßgeblich bestimmt durch den Zeitpunkt der Aufnahme von Krediten am Kreditmarkt. Die Zinsen für Kassenkredite waren in der Vergangenheit oftmals günstiger als die für Kreditmarktmittel, so dass bei den Zinsen für Kreditmarktmittel Ausgaben eingespart werden konnten.

3.7.3 Sonstige konsumtive Ausgaben (Ziffern 7.3 - 7.3.2.2 des Finanzplan-Entwurfs)

3.7.3.1 Sozialleistungsausgaben (Ziffer 7.3.1 - 7.3.1.5 des Finanzplan-Entwurfs)

Für die Kalkulation der Sozialleistungsausgaben wurde in Anlehnung an die Bremer Vorgehensweise⁵ für die Haushaltsjahre ab 2012 ff ein Zuwachs von 1,7 % auf den Vorjahresansatz gerechnet. Hier wird perspektivisch zu prüfen sein, ob aufgrund verschiedener Maßnahmen, die im Sozialbereich in die Wege geleitet worden sind bzw. geplant sind (z. B. Präventionsmaßnahmen im Jugendbereich), das Ausgabenwachstum in den nächsten Jahren weniger hoch ausfallen kann als rechnerisch geplant.

Die Einnahmen und Ausgaben der Kapitel 6421 bis 6427 (Leistungen nach dem SGB XII) bemessen sich nach den aus Bremen vorgegebenen Verrechnungseinnahmen (Kapitel 6421: 100 %, übrige Kapitel: 81,53 %).

Unter den Ziffern 4.2.6 bis 4.2.8 der Beratungsvorlage gibt es kurze ergänzende Ausführungen zu den Themen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Grundsicherung und Leistungen nach dem SGB XII.

Im Bereich Unterhaltsvorschussgesetz (Kapitel 6451 Allgemeine Jugendhilfe) werden 10/12 der Kosten erstattet.

3.7.3.2 Übrige sonstige konsumtive Ausgaben (Ziffern 7.3.2 - 7.3.2.2 des Finanzplan-Entwurfs)

Hierzu gehören schwerpunktmäßig die sächlichen Verwaltungsausgaben sowie die konsumtiven Zuschüsse und Zuweisungen an Dritte, insbesondere an die Gesellschaften und Wirtschaftsbetriebe (ohne Sozialleistungsausgaben).

3.8 Ausgaben der Kapitalrechnung (investive Ausgaben) (Ziffern 8 - 8.4, 17.6 des Finanzplan-Entwurfs)

Eine Übersicht aller im Eckwerte-Entwurf eingestellten Investitionen ergibt sich aus dem Investitionsplan-Entwurf (**Anhang 2**).

Unter Ziffer 4 „Einzelthemen“ wird näher auf die investive Mittelsituation beim Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien (Ziffer 4.2.2) sowie auf die Themen Deutsches Schiffahrtsmuseum (Ziffer 4.2.4), Ganztagschulen (Ziffer 4.2.5), öffentlicher Personennahverkehr und Straßenbau (Ziffer 4.2.9), Städtebauförderung (Ziffer 4.2.10), Tunnel Cherbourger Straße (Ziffer 4.2.11) und Ausbau von Kindertagesstättenplätzen (Ziffer 4.2.12) eingegangen.

Eine Investitionsreserve für investive Bedarfe der Ämter ist im vorliegenden Eckwerte-Entwurf **nicht** mehr berücksichtigt.⁶

⁵ Senatsbeschluss vom 08.03.2010 zur Fortschreibung der Sozialleistungsausgaben.

⁶ Siehe hierzu auch Ausführungen unter Ziffer 2.7 der Beratungsvorlage.

Die Erhöhung der Investitionsausgaben von 2011 zu 2012 ist primär auf die zu 2008/2009 vorgenommenen Tilgungstreckung beim Projekt Havenwelten zurückzuführen (siehe **Anhang 2**, AB 2, Haushaltstelle 6780/891 03). Dies wirkt sich auch noch einmal mit einer weiteren Steigerung von 2012 zu 2013 aus.

Die Komplementärmittel für die Krankenhäuser (siehe **Anhang 2**, AB 3, Haushaltstellen 6510/893 01 und 03) wurden auf der Basis der bisherigen Planung fortgeschrieben. Hier ist derzeit unklar, in welcher Größenordnung im Zuge der Krankenhausreform erforderliche städtische Mittel tatsächlich vorzuhalten sind.

Mit Blick auf das mögliche Einsparpotenzial und die zu erbringenden Konsolidierungsbeiträge muss in Erwägung gezogen werden, die städtischen Mittel für die Gebäudesanierung beim Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien zu reduzieren und die dort verbleibenden Mittel, sofern möglich, verstärkt durch zu akquirierende Drittmittel zu ergänzen.

Bei den Gesellschaften ist ebenfalls zu prüfen, inwieweit die investiven Zuweisungen im Zusammenhang mit einer Reduzierung des bislang angebotenen Leistungsspektrums weiter vermindert werden können. Hiervon ausgenommen sind jedoch die Tilgungszahlungen im Rahmen der verpflichteten Kapitaldienstfinanzierungen.

3.9 Globale Mehr- und Minderausgaben (Ziffer 9 des Finanzplan-Entwurfs)

Wie schon unter Ziffer 2.7 der Beratungsvorlage ausgeführt, wurden die errechneten Konsolidierungsbeträge zunächst ausgabenseitig als globale Konsolidierungsminderausgaben ausgewiesen. Die globalen Positionen sind in den allen Jahren durch konkrete Ansatzveränderungen im Gesamthaushalt aufzulösen.

3.10 Bereinigte Gesamtausgaben (Ziffer 10, 21.5 des Finanzplan-Entwurfs)

Die bereinigten Gesamtausgaben sind die Summe aus Ausgaben der laufenden Rechnung (konsumtive Ausgaben), Ausgaben der Kapitalrechnung (investive Ausgaben) sowie globale Mehr- und Minderausgaben, vereinfacht gesagt Ausgaben ohne Tilgungen und Rücklagen.

3.11 Besondere Finanzierungsvorgänge (Ziffern 11 - 11.4 des Finanzplan-Entwurfs)

Die Tilgungsausgaben für Kreditmarktmittel ergeben sich aus den Mittelbedarfen für die bereits vertraglich eingegangenen Verpflichtungen aus Kreditaufnahmen sowie aus den kalkulierten, kommenden Zahlungsverpflichtungen für die planerische Neuverschuldung.

Für die Kalkulation der Tilgungsausgaben wurde bei Neuaufnahmen nunmehr eine ratierliche (gleichbleibend hohe) Tilgung von 2,5 % p. a. unterstellt.

Hinsichtlich der Tilgungen für Kapitaldienstfinanzierungen wird auf die Angaben im Finanzplan-Entwurf im **Anhang 1** zur Beratungsvorlage unter Ziffer 8.1 verwiesen.

3.12 Einhaltung von Vorgaben (Ziffern 14.7, 15.5, 16.3 des Finanzplan-Entwurfs)

3.12.1 Finanzierungssaldo, zulässiges Defizit im Kernhaushalt (ohne Konsolidierungshilfen) (Ziffern 14 - 14.7 des Finanzplan-Entwurfs)

Der **Finanzierungssaldo** ist die Differenz aus bereinigten Gesamteinnahmen (einschließlich Konsolidierungshilfen) und bereinigten Gesamtausgaben. Er stellt gleichzeitig die Netto-Kreditaufnahme dar, sofern nicht andere besondere Finanzierungsvorgänge wie Rücklagenentnahmen die Netto-Kreditaufnahme verringern.

Unter Ziffer 2.5 der Beratungsvorlage wurde bereits die Ableitung des **zulässigen Defizits im Kernhaushalt (ohne Konsolidierungshilfen)** erläutert. Das vorgegebene Defizit wird durch die eingestellten globalen Konsolidierungsminderausgaben im Finanzplanungszeitraum rechnerisch eingehalten. Entscheidend ist hierbei jedoch, dass die globale Konsolidierungsminderausgaben bis zum Ende des Haushaltsaufstellungsverfahrens zumindest für die aufzustellenden Haushaltsjahre auch tatsächlich aufgelöst werden.

Das zulässige Defizit im Kernhaushalt (ohne Konsolidierungshilfen) löst im Sprachgebrauch den bisherigen Begriff des FöKo-relevanten Finanzierungssaldos ab.

3.12.2 § 18 Abs. 1 LHO (Ziffer 15.5 des Finanzplan-Entwurfs)

§ 18 Abs. 1 LHO („verfassungsgemäßer Haushalt“)

„Die Einnahmen aus Krediten dürfen nur bis zur Höhe der Summe der Ausgaben für Investitionen in den Haushaltsplan eingestellt werden; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.“

Nach allgemein herrschender Rechtsauffassung ist die Vorschrift einer Nettobetrachtung zu unterziehen, d. h. dass die Netto-Kreditaufnahme (Kredite abzüglich Tilgung) nicht höher sein darf als die Netto-Investitionen (Investitionen abzüglich investive Einnahmen).

Die Vorschrift des § 18 Abs. 1 LHO hat auch weiterhin noch Gültigkeit. Überlagert wird sie jedoch zurzeit von der grundgesetzlich festgeschriebenen „Schuldenbremse“. In diesem Zusammenhang ist für die kommenden Haushalte die Einhaltung des zulässigen strukturellen Defizits im Kernhaushalt (ohne Konsolidierungshilfen) maßgebend. Sollte der vorgegebene Konsolidierungspfad erfolgreich umgesetzt werden, würde auf dem Weg bis 2020 auch die Vorschrift des § 18 Abs. 1 LHO wieder eingehalten werden.

3.12.3 § 118 Abs. 4 a LHO (Ziffer 16.3 des Finanzplan-Entwurfs)

„... Die Aufsichtsbehörde soll den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite ab dem Haushaltsjahr 1990 nur insoweit genehmigen, als die Steigerung der volkswirtschaftlichen“ (bereinigten) „Gesamtausgaben dem Zuwachs der volkswirtschaftlichen“ (bereinigten) „Gesamteinnahmen entspricht und der Haushaltsplan für das Antragsjahr sowie die Finanzplanung für das Folgejahr für die laufende Rechnung keinen Fehlbetrag ausweist.“

Die Vorschrift, die nur für die Stadtgemeinde Bremerhaven gilt, wird ab 2012 ff in allen Jahren planerisch eingehalten.

3.13 Quoten (Ziffern 17 - 17.9 des Finanzplan-Entwurfs)

Personalausgabenquote Gesamtverwaltung (Ziffer 17.1 des Finanzplan-Entwurfs)

Verhältnis der Personalausgaben der Gesamtverwaltung zu den bereinigten Gesamtausgaben.

Personalausgabenquote Übrige Verwaltung (Ziffer 17.2 des Finanzplan-Entwurfs)

Verhältnis der Personalausgaben der Übrigen Verwaltung (ohne Lehrkräfte, Bedienstete des Kapitels 6110 „Vollzugspolizei“ und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) zu den bereinigten Gesamtausgaben.

Zinslastquote (Ziffer 17.3 des Finanzplan-Entwurfs)

Anteil der jährlichen Zinsausgaben in % an den bereinigten Gesamteinnahmen.

Zinsausgabenquote (Ziffer 17.4 des Finanzplan-Entwurfs)

Verhältnis der Zinsausgaben zu den bereinigten Gesamtausgaben.

Zins-/Steuerquote (Ziffer 17.5 des Finanzplan-Entwurfs)

Verhältnis von Zinsausgaben zu den Einnahmen aus originären Steuern und steuerähnlichen Abgaben der Hauptgruppe 0.

Investitionsquote (Ziffer 17.6 des Finanzplan-Entwurfs)

Verhältnis der Investitionen (Hauptgruppen 7 und 8 sowie investive Zuweisungen an Bremen) zu den bereinigten Gesamtausgaben.

SGB II/SGB XII-Lastquote (Ziffer 17.7 des Finanzplan-Entwurfs)

Verhältnis der Ausgaben nach SGB II/SGB XII zu den bereinigten Gesamtausgaben.

Deckungsquote (Ziffer 17.8 des Finanzplan-Entwurfs)

Verhältnis der bereinigten Gesamteinnahmen zu den bereinigten Gesamtausgaben.

Kreditfinanzierungsquote (Ziffer 17.9 des Finanzplan-Entwurfs)

Verhältnis der bereinigten Gesamtausgaben zur Nettokreditaufnahme.

**3.14 Verschuldung
(Ziffern 18. - 18.3, 21.1, 21.2 des Finanzplan-Entwurfs)**

Die Verschuldung würde sich aus heutiger Sicht bei Umsetzung des Konsolidierungspfades wie folgt darstellen:

| Verschuldung in Mio. € | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-----------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Haushalt | 1.180,5 | 1.267,5 | 1.348,3 | 1.411,2 | 1.460,8 |
| Kapitaldienstfinanzierungen | 159,2 | 145,0 | 125,3 | 112,1 | 99,5 |
| Gesamtverschuldung | 1.339,7 | 1.412,5 | 1.473,6 | 1.523,3 | 1.560,3 |
| Einwohner | 113.532 | 113.532 | 113.532 | 113.532 | 113.532 |
| Pro-Kopf-Verschuldung | 11.800 | 12.441 | 12.980 | 13.418 | 13.743 |

**3.15 Konsumtiver Saldo
(Ziffern 19 - 19.2 des Finanzplan-Entwurfs)**

Der konsumtive Saldo ist die Differenz aus Einnahmen der laufenden Rechnung zuzüglich globalen Mehr- und Mindereinnahmen abzüglich Ausgaben der laufenden Rechnung zuzüglich globalen Mehr- und Minderausgaben oder vereinfacht gesagt, die Differenz zwischen konsumtiven Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung globaler Positionen. Der Saldo ist in der Regel identisch mit den Ergebnissen für § 18 Abs. 1 LHO, sofern bei den Berechnungen für § 18 Abs. 1 LHO nicht noch Rücklagenbewegungen zu berücksichtigen sind.

**3.16 Primärsaldo
(Ziffern 20 - 20.2 des Finanzplan-Entwurfs)**

In der Literatur ist ein Primärhaushalt die Darstellung des Haushalts ohne Kreditaufnahmen und Schuldendienst. Der Primärsaldo gibt Aufschluss darüber, in welchem Umfang die für die politische Gestaltung im laufenden Haushaltsjahr eingesetzten Ausgaben durch eigene Einnahmen finanziert werden. Ein Primärüberschuss wäre nötig, um die laufenden Zinszahlungen auf bestehende Schulden bedienen und die Rückführung der Verschuldung finanzieren zu können. Mit dem Primärsaldo lassen sich auch Sparanstrengungen nachweisen. Zugleich ist er aber auch ein Indikator dafür, ob in absehbarer Zeit Primärüberschüsse erwirtschaftet werden können, um aufgelaufene Zinsbelastungen finanzieren zu können. Bremen rechnet beim Primärsaldo auch die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen heraus.

Nach dem gegenwärtigen Finanzplan-Entwurf verbessert sich der Primärsaldo in den kommenden Jahren. Diese Entwicklung wird allerdings nur eintreten, wenn die unterstellten Annahmen (z. B. Steuereinnahmen, nachhaltige Auflösung der globalen Konsolidierungsminderungen) auch realisiert werden.

3.17 Einwohnerbezogene Daten (Ziffern 21 - 21.6 des Finanzplan-Entwurfs)

Für die Darstellung der Einwohnerzahlen im Finanzplan-Entwurf legt die Stadtkämmerei künftig nur noch die Bevölkerungszahlen nach der kommunalen Fortschreibung zugrunde. Für 2009 ist dies der Wert zum 31.12.2009, für 2010 das vorläufige Ergebnis am 30.09.2010 und für 2011 das vorläufige Ergebnis am 30.06.2011. Für die Jahre ab 2012 ff wird der Wert für 2011 analog zur Bremer Vorgehensweise bei der Steuerschätzung fortgeschrieben. Die jeweiligen einwohnerbezogenen Daten können dem Finanzplan-Entwurf (**Anhang 1**) entnommen werden.

Aufgrund besonderer rechtlicher Umstände kann es bei den Einwohnerzahlen zu Abweichungen zwischen der kommunalen Fortschreibung und der Fortschreibung durch das Statistische Landesamt kommen. Des Weiteren kann sich der Wert z. B. für 2011 noch ändern, da es sich erst um ein vorläufiges Ergebnis handelt, und zwar zum 30.06.2011. Insofern ist es sehr wahrscheinlich, dass die Angaben zu Pro-Kopf-Verschuldungen über die einzelnen Jahre und in den einzelnen Phasen der Haushaltsaufstellung unterschiedlich ausfallen werden.

4. Einzelthemen

4.1 Politische Schwerpunktsetzungen aus Landesmitteln

4.1.1 Kindertagesbetreuung, Sprachförderung, ganztägiges Lernen

Nach der Koalitionsvereinbarung auf Landesebene soll im Rahmen einer politischen Schwerpunktsetzung der Ausbau der Kindertagesbetreuung, der frühere Beginn der Sprachförderung in den Kindertagesstätten und die Umsetzung von mehr ganztägigem Lernen gefördert werden. Soweit die dafür bereitzustellenden Schwerpunktmittel aus Landesmitteln erbracht werden, ist Bremerhaven angemessen zu beteiligen.

Eine konkrete Aufteilung dieser Mittel ist nach augenblicklichem Sachstand noch nicht erfolgt. Hierüber soll in Bremen im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren politisch entschieden werden.

4.1.2 Vorfinanzierung struktureller Entlastungen

In der Koalitionsvereinbarung auf Landesebene heißt es:

„Für die Haushaltsjahre 2012 (30 Mio. €) und 2013 (20 Mio. €) ergeben sich durch die positive Steuerentwicklung temporär zusätzliche Mittel gegenüber der Finanzplanung. Diese Mittel wollen wir für eine Unterstützung von Prozessen zur strukturellen Anpassung und Umgestaltung der Aufgabenwahrnehmung verwenden. Begrenzt auf die Jahre 2012 und 2013 können dabei z. B. finanziert werden:

- *investive und konsumtive Ausgaben, die im Sinne struktureller Verbesserungen zu nachweisbaren Entlastungen in den Folgejahren (mindestens in Höhe des Kapitaldienstes) führen.*
- *Zwischenfinanzierungen von beschlossenen strukturellen Einsparmaßnahmen, die erst mit zeitlicher Verzögerung wirksam werden.*

Die endgültige Aufteilung der Mittel wird in den Haushaltsberatungen für 2012 und 2013 beschlossen. Dabei muss Bremerhaven angemessen beteiligt werden.“

Bremerhaven ist mit Schreiben vom 01.07.2011 aus dem Hause der Senatorin für Finanzen gebeten worden, konkrete Vorhaben und Projekte (getrennt nach Jahren) aufzugeben und diese zu begründen. Bei allen Maßnahmen ist die Wirtschaftlichkeit zu belegen. Die Dezernate wurden am 12.07.2011 von der Magistratskanzlei gebeten, entsprechende Vorschläge einzureichen. Der Magistrat hat sich mit der Thematik am 21.09.2011 befasst.

Nach zurzeit vorliegenden Erkenntnissen aus Bremen ist dort beabsichtigt, die bei der Senatorin für Finanzen eingehenden Projektanträge nach Prüfung in einer Prioritätenliste zusammenzustellen und nach politischen Schwerpunkten zu bündeln. Zielsetzung ist es, in der Sitzung des Senats am 06.10.2011 zu einer Verständigung über diese Schwerpunkte zu kommen. Die endgültige Beschlussfassung durch den Senat ist für den 24. oder 31.10.2011 vorgesehen.

Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

4.2 Einzelthemen nach Ausschussbereichen

4.2.1 AB 0 - Fremdenverkehrsabgabe

In den Koalitionsvereinbarungen für Bremen und für Bremerhaven ist die Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe vorgesehen. Nach zurzeit vorliegenden Erkenntnissen wird im Haus der Senatorin für Finanzen in Bremen an einem Entwurf zur Ausgestaltung dieser neuen Abgabe als kommunale Steuer gearbeitet. Der Steuersatz soll 5 % des Übernachtungspreises betragen, bei beruflich veranlassten Übernachtungen 2,5 %. Der Vorschlag soll in Kürze mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie den betroffenen Verbänden erörtert werden. Ziel ist es, die Steuer zum Jahresanfang 2012 einzuführen. Das Aufkommen, das (ohne formale Zweckbindung) für tourismusfördernde Aktivitäten und die Attraktivitätssteigerung kultureller Angebote verwendet werden soll, würde nach Schätzungen auf Basis des derzeitigen Vorschlags für Bremen rd. 1,8 Mio. € und für **Bremerhaven rd. 0,5 Mio. €** betragen. Hiervon abzuziehen sind Verwaltungskosten, deren Höhe für Bremerhaven noch zu quantifizieren ist.

4.2.2 AB 0 - Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien

Für bauliche Investitionen im Hochbaubereich ist zurzeit ein Investitionszuschuss an den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien in **2012 und 2013** von **jeweils 7.500.000 €** vorgesehen. Die Mittel verteilen sich derzeit wie folgt:

Ausbau Kindertagesstättenplätze für unter Dreijährige (Landes- und Stadtanteil)

Anhang 2, AB 8, Haushaltsstelle 6470/893 03

2012: 988.320 €

2013: 939.560 €

Grundinvestitionen („Basics“)

Anhang 2, AB 0, Haushaltsstelle 6925/891 04

2012 und 2013 jeweils 2.500.000 €

Gebäudesanierungsprogramm

Anhang 2, AB 0, Haushaltsstelle 6925/891 04

2012: 4 041 680 €

2013: 4 060 440 €

Im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren werden die Grundinvestitionen und das Gebäudesanierungsprogramm mit einzelnen Maßnahmen betraglich zu hinterlegen sein.

4.2.3 AB 0 - Wirtschaftsbetrieb StadtFinanz

Nachdem im Rahmen der „Schuldenbremse“ bereits zu 2010 keine Kredite mehr für den Wirtschaftsbetrieb StadtFinanz aufgenommen wurden, ist nun zu 2012 aus arbeitsökonomischen Gründen eine Verlagerung der Mittel auf der Basis der im Wirtschaftsplan 2011 veranschlagten Maßnahmen von der Haushaltsstelle 6925/682 91 „StadtFinanz, Sachkostenzuschuss“ in die jeweiligen Fachkapitel vorgenommen worden. Eine entsprechende Übersicht ergibt sich aus **Anhang 10** zur Beratungsvorlage. Der Wirtschaftsbetrieb wird nunmehr nur noch zur Abfinanzierung der bis einschließlich 2009 aufgenommenen Darlehen benötigt. Hierfür sind entsprechende Schuldendienstzahlungen im Haushalt eingestellt.

4.2.4 AB 4 - Deutsches Schiffahrtsmuseum

Der Magistrat wurde zu seiner Sitzung am 06.10.2010 vom Kulturamt über die geplante Sanierung und Umgestaltung sowie den Umbau und die Erweiterung des Deutschen Schiffahrtsmuseums unterrichtet. Der Kostenumfang wird laut Masterplan auf 100,8 Mio. € geschätzt und soll durch eine so genannte Entscheidungsvorlage Bau (ES-Bau) konkretisiert werden. Mit der ES-Bau wird die Planung der Maßnahme entscheidungsreif durchgearbeitet und ein Finanzierungsplan erstellt. Die Gesamtkosten für die ES-Bau betragen 2.745.000 €. Hieran beteiligen sich der Bund mit 1.045.000 €, das Land Bremen mit 1.000.000 € und Bremerhaven mit 700.000 €.

Neue Erkenntnisse gibt es zurzeit nicht. Sollte die ES-Bau zu gegebener Zeit vorliegen, wird insbesondere mit dem Land Bremen zu klären sein, ob, in welchem Umfang und wie eine Finanzierung der Baumaßnahmen realisiert werden kann.

4.2.5 AB 4 - Ganztagschulen

Das Land Bremen hatte sich bis 2011 mit einem Betrag von **1.000.000 €** an den investiven Ausgaben für die Einrichtung neuer Ganztagschulen beteiligt. Dieser Betrag wurde für 2012 ff auf zurzeit **550.000 €** reduziert.

Die Aufwendungen für das nicht unterrichtende Personal sowie für die Bewirtschaftung der Einrichtungen (z. B. Energiekosten) und die bauliche Unterhaltung sind **ausschließlich** von der Stadt Bremerhaven aufzubringen.

An dieser Stelle wird noch einmal auf die Ausführungen der Stadtkämmerei unter Ziffer 2.16.4 in der *Vorlage für die Beratung des Haushaltsplan-Gesamtentwurfs 2011 und des Finanzplan-Entwurfs 2010 bis 2014 in der Stadtverordnetenversammlung* am 16.12.2010 hingewiesen.

4.2.6 AB 5 - Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Im Eckwerte-Entwurf sind wie in den Vorjahren jeweils **2.000.000 €** für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in 2012 und 2013 veranschlagt.

4.2.7 AB 5 - Grundsicherung

Die finanziellen Entlastungen, die sich aus einer schrittweisen Übernahme der Grundsicherung durch den Bund ergeben (**2012: 45 %, 2013: 75 %, 2014 ff: 100 %**), können in der Finanzplanung analog zu Bremen erst berücksichtigt werden, wenn das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist. Die geschätzten **Netto-Entlastungseffekte** betragen in **2012 rd. 2,8 Mio. €** und in **2013 rd. 6,0 Mio. €**. Zuverlässige Beträge können erst ermittelt werden, wenn Bremen nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens die relevanten Verrechnungspositionen mit Bremerhaven hinsichtlich der Ansätze überarbeitet hat. Es wird davon ausgegangen, dass dies noch im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren geschehen wird. Die Beträge können zur Auflösung der globalen Konsolidierungsminderausgaben herangezogen werden.

4.2.8 AB 5 - Leistungen nach dem SGB XII (Kapitel 6422 - 6427)

Die Freie Hansestadt Bremen (Land) als überörtlicher Sozialhilfeträger und der Magistrat der Stadt Bremerhaven als örtlicher Sozialhilfeträger hatten zum 01.01.2007 eine Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben, insbesondere in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Blindenhilfe und der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten geschlossen. Beide Trägerebenen wurden für die genannten Sozialhilfeleistungen in eine einheitliche sachliche Zuständigkeit zusammengeführt. Die Zusammenführung und Ausgestaltung wurden im Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 30.04.2007 geregelt.

Die Abrechnung zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremerhaven erfolgt auf der Basis der entstandenen Nettosozialhilfekosten. Hiervon hat das Land Bremen bislang **81,53 %** getragen, **18,47 %** entfielen auf die Stadt Bremerhaven.

Das Ausführungsgesetz tritt nun mit Ablauf des 31. Dezember 2011 außer Kraft. Verhandlungen über eine Fortführung des Gesetzes sind angelaufen. Ein Ergebnis steht zurzeit noch nicht fest. Es bleibt zu hoffen, dass der städtische Haushalt am Ende nicht höher belastet wird als nach der bislang geltenden Regelung.

4.2.9 **AB 6 - Öffentlicher Personennahverkehr, Straßenbau**

Die im Zuge der Verrechnungen von Bremen vorgegebenen Ansätze für Maßnahmen nach dem Bremischen ÖPNVG (90 % Kostenerstattung) und nach dem Entflechtungsgesetz (75 % Kostenerstattung) wurden mit städtischen Mitteln komplementiert und stehen bei den Haushaltsstellen 6651/730 00 und 6651/730 66 im Ausschussbereich 6 für noch festzulegende Straßenbaumaßnahmen zur Verfügung. Darüber hinaus konnten **keine** weiteren Mittel dargestellt werden.

4.2.10 **AB 6 - Städtebauförderung**

Ob und ggf. in welcher Größenordnung die seit längerer Zeit in der Diskussion befindliche Kürzung von Städtebauförderungsmitteln, insbesondere im Bereich „Soziale Stadt“, Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben wird, kann erst im Verlauf des weiteren Haushaltsaufstellungsverfahrens gesagt werden, wenn eine endgültige ansatzmäßige Abstimmung der Verrechnungspositionen im Bereich der Städtebauförderung zwischen dem Bauressort in Bremen und dem hiesigen Stadtplanungsamt erfolgt ist.

4.2.11 **AB 6 - Tunnel Cherbourger Straße**

In der Vorlage für die Sitzung des Senats am 21.12.2010 „Anbindung des Überseehafengebietes in Bremerhaven an die BAB A27 (Ausbau der Cherbourger Straße)“ wurde ausgeführt:

„Die Baukosten belaufen sich auf 171,319 Mio. €. Hiervon trägt der Bund 120 Mio. € als Festbetragszuschuss. Die Hafenwirtschaft hat sich bereit erklärt, einen Betrag in Höhe von 15 Mio. € zu finanzieren. Der verbleibende Betrag in Höhe von 36,319 Mio. € wird zu 80% vom Land (29,055 Mio. €) und zu 20% von Bremerhaven (7,264 Mio. €) finanziert. Für etwaige Kostensteigerungen vereinbaren Bremen und Bremerhaven den gleichen Verteilungsschlüssel 80/20 anzuwenden. Bremerhaven übernimmt zudem die Betriebs- und Unterhaltungskosten für das Bauwerk.“

In der Anlage zu der Senatsvorlage wurde die finanzielle Beteiligung Bremerhavens wie folgt dargestellt:

2012: 1,167 Mio. €, 2013: 1,899 Mio. €, 2014: 1,899 Mio. €,
2015: 1,333 Mio. €, 2016: 0,765 Mio. €, 2017: 0,200 Mio. €

Im vorliegenden Eckwerte-Entwurf und im Finanzplan-Entwurf sind zurzeit **keine** Mittel für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung des Tunnels in der Cherbourger Straße berücksichtigt. Ob die oben angeführten Mittelbedarfe wie dargestellt erforderlich werden, hängt u. a. vom Planungs- und Baufortschritt ab. Hinzu kommt, dass unter Umständen bis zu 4,9 Mio. € für die Vorfinanzierung von Grunderwerb auf den Bremerhavener Finanzierungsanteil von 7,264 Mio. € angerechnet werden können.

4.2.12 **AB 8 - Ausbau von Kindertagesstättenplätzen für unter Dreijährige**

Der Anteil der Investitionszuschüsse vom Bund für den Ausbau von Kindertagesstättenplätzen für unter Dreijährige ist fast verbraucht. In **2012** sind nur noch **30.000 €** zu erwarten, in **2013 keine Mittel mehr**. Zukünftige Investitionen sind nach Haltung des Senats allein von der Stadt Bremerhaven aufzubringen. Um zu Beginn des Jahres 2014 eine Versorgungsquote von 35 % nachweisen zu können, müssen **bis einschließlich 2013** investive Mittel nach aktueller Einschätzung zwischen **14 und 17 Mio. €** für den weiteren Ausbau bereitgestellt werden. Zusammen-

men mit den restlichen Bundesmitteln stehen beim Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien derzeit insgesamt **1.927.880 €** zur Verfügung. **Es fehlen somit rd. 12 bis 15 Mio. €**

Aus dem Ausbau der Kindertagesstätten für unter Dreijährige entstehen dauerhaft Betriebskosten, die den Haushalt nachhaltig belasten. In welcher Größenordnung die Betriebskosten vom Bund und vom Land erstattet werden, kann momentan nicht konkret gesagt werden, da die diesbezüglichen Verrechnungspositionen mit Bremen noch nicht endgültig abgestimmt sind. Das Amt für Jugend, Familie und Frauen hat für 2012 die Schaffung von weiteren 5,13 Stellen und für 2013 von weiteren 39 Stellen beantragt. Nach dem Endausbau müssten nach Berechnungen aus dem Jahr 2010 **ab 2014 ff jährlich ca. 4 Mio. € Betriebskosten kommunal** erbracht werden, sofern der Bund und das Land seinen Kostenerstattungen weiterhin nachkommt.

4.2.13 AB 8 - Kindertagesstätten: Bedarfsgerechte Öffnungszeiten, Anpassung des Personalstandards an Bremen

Die Verbesserung der Personalausstattung in den Kindertagesstätten mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten und der Anpassung des Personalstandards an Bremen⁷ führt zu folgenden **kommunalen Mehraufwendungen**:

Anpassung Betreuungszeiten

| Jahr | städtische Kindertagesstätten | freie Träger | städtischer Stellenbedarf | Mehreinnahmen Kindertagesstättenbeiträge |
|------|-------------------------------|--------------|---------------------------|--|
| 2012 | 21 T € | 52 T € | 1,18 | 32 T € |
| 2013 | 70 T € | 178 T € | 1,18 | 110 T € |
| 2014 | 120 T € | 304 T € | 1,18 | 184 T € |
| 2015 | 149 T € | 377 T € | | 229 T € |

Anpassung Früh-, Spätdienst

| Jahr | städtische Kindertagesstätten | freie Träger | städtischer Stellenbedarf | Mehreinnahmen Kindertagesstättenbeiträge |
|------|-------------------------------|--------------|---------------------------|--|
| 2012 | 43 T € | 72 T € | 2,436 | unbekannt |
| 2013 | 102 T € | 172 T € | | |
| 2014 | 102 T € | 172 T € | | |
| 2015 | 102 T € | 172 T € | | |

Anpassung der Personalstruktur analog der Stadtgemeinde Bremen

| Jahr | städtische Kindertagesstätten | freie Träger | städtischer Stellenbedarf | Mehreinnahmen Kindertagesstättenbeiträge |
|------|-------------------------------|--------------|---------------------------|--|
| 2012 | 86 T € | 122 T € | 4,888 | keine |
| 2013 | 295 T € | 425 T € | 5,136 | |
| 2014 | 516 T € | 755 T € | 5,384 | |
| 2015 | 648 T € | 955 T € | | |

Der Stellenbedarf ergibt sich aus einer jeweiligen Umsetzung zum 01.08. eines Jahres.

Sofern die aufgezeigten Maßnahmen umgesetzt werden sollen, müssen die personellen Mehraufwendungen innerhalb des Ausgaberahmens für die Personalausgaben der Übrigen Verwaltung⁸ dargestellt werden. Welche budgetmäßigen und stellenmäßigen Konsequenzen dies unter Umständen für alle anderen Verwaltungsbereiche haben wird, bleibt zunächst abzuwarten.

⁷ Siehe Vorlage Nr. 23/2011 für die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen am 23.08.2011.

⁸ Siehe Ausführungen unter Ziffer 3.7.1.1 der Beratungsvorlage.

4.2.14 AB 8 - Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts

Die Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts führt zu einem Stellenmehrbedarf von 3,5 Stellen im Bereich der Amtsvormundschaft sowie einer 0,5 Verwaltungsstelle und damit zu **zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 238.500 €**⁹ Eine mögliche Gegenfinanzierung der Kosten wird von den kommunalen Spitzenverbänden mit dem Bund verhandelt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Sollte die Stadt Bremerhaven die Mittel selbst aufbringen müssen, so gelten auch hier die Aussagen zur Finanzierung unter Ziffer 4.2.13 der Beratungsvorlage.

4.2.15 AB 8 - Geplante Einführung des Bundeskinderschutzgesetzes

Zur Umsetzung der bereits im Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen beschlossenen Präventionskette werden für **2012 ca. 230.000 €** und für **2013 ca. 420.000 €** benötigt, um die Zielsetzung der beabsichtigten neuen Gesetzgebung zu erfüllen.¹⁰

Ferner werden für die notwendige Qualifizierung für die Jahre **2012 bis 2015 jährlich weitere 20.000 €** benötigt.

Nach einer ersten Einschätzung besteht ein **Mehrbedarf von 5,5 Stellen** für die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes und damit ein **Mittelbedarf von 371.000 €** Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen geht davon aus, dass eine hinreichende finanzielle Kostenregelung getroffen wird.

Für präventive Angebote ist von einem Sachbedarf von **250.000 € bis zum Jahr 2014** auszugehen. **Ab 2015** werden **jährlich 50.000 €** benötigt. Die Finanzierung der präventiven Angebote soll über **Drittmittel** erfolgen.

Die vorliegenden Eckwerte berücksichtigten die dargestellten Mittelbedarfe bislang **nicht**.

4.2.16 AB 10 - Sport

Die Zuschüsse an die „Eisbären“ und „Pinguins“ wurden durch Beschluss des Finanz- und Wirtschaftsausschusses im Rahmen der Umlaufvorlage 1/2011 für den Wirtschaftsteil zu 2012 um jeweils **50.000 €** gekürzt.

4.3 Ausschussübergreifende Einzelthemen

4.3.1 Kapitaldienstfinanzierungen (AB 0, 2)

Für verschiedene, den Strukturwandel teilweise fördernde Projekte der Stadt, die im Haushalt finanziell nicht darstellbar waren, wurden bis 2009 durch Gesellschaften und Wirtschaftsbetriebe ebenfalls Darlehen aufgenommen. Verschuldung und Schuldendienst können dem **Anhang 11** zur Beratungsvorlage entnommen werden.

4.3.2 Kapitel 6050 „Statistisches Amt und Wahlamt“ (AB 1, 7)

Das Statistische Amt und Wahlamt wird künftig als Abteilung des Bürger- und Ordnungsamtes geführt. In diesem Zusammenhang ist das Kapitel 6050 vom Ausschussbereich 1 zum Ausschussbereich 7 zu verlagern und im weiteren Verlauf des Haushaltsaufstellungsverfahrens in das Kapitel 6120 mit der neuen Bezeichnung „Bürger- und Ordnungsamt, **Wahlen**“ zu integrieren.

⁹ Siehe Vorlage Nr. 25/2011 für die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen am 23.08.2011.

¹⁰ Siehe Vorlage Nr. 26/2011 für die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen am 23.08.2011.

4.3.3 Kosten der Unterkunft, Bildung und Teilhabe (AB 4, 5, 8)

Die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) von aktuell 24,5 % auf 35,8 % führt zu Mehreinnahmen laut Verrechnungsvorgabe der Senatoren für Finanzen von jeweils **4.891.000 €** in den Jahren 2012 und 2013. Davon entfallen 5,4 % auf Leistungen für das Bildungs- und Teilhabepaket, insgesamt 2,8 % auf Schulsozialarbeit und Mittagessen, 1 % auf Verwaltungskosten im Bereich SGB II, 0,2 % auf Verwaltungskosten im Bereich Wohngeld- und Kinderzuschlag sowie 1,9 % auf die Erhöhung des Warmwasseranteils bei der KdU.

Im Ergebnis ist laut Magistratsvorlage Nr. I/60/2011 vom 31.03.2011 rein rechnerisch davon auszugehen, dass die Finanzierung des gesamten Reformpakets gewährleistet ist.

5. Zusammenfassung

Die Haushaltsaufstellung der kommenden Jahre wird maßgeblich bestimmt durch die „Schuldenbremse“. Das zulässige Defizit des Kernhaushalts (ohne Konsolidierungshilfen) ist für jedes Haushaltsjahr vorgegeben. Es bildet den finanziellen Rahmen für alle unabdingbare Notwendigkeiten und Wünsche.

Um das zulässige Defizit einzuhalten, ist es notwendig, die Haushaltsplanentwürfe durch konkrete Maßnahmen im Einnahmen- und Ausgabenbereich haushaltsstellenscharf in **2012 um 6,200 Mio. €** und in **2013 um 14,180 Mio. €** zu verbessern bzw. zu entlasten.

Einige Themen aus der Koalitionsvereinbarung sind bereits mit Geld hinterlegt, bei anderen wird es angesichts des Abbaus der globalen Konsolidierungsminderausgaben sehr schwierig werden, sie zu realisieren.

Mittel für konsumtive und investive Veränderungsbedarfe der Ämter und der Politik stehen bis auf die zweckgebundenen Gebäudesanierungsmittel beim Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien und den unter Ziffer 4.1 der Beratungsvorlage genannten zweckgebundenen Landesprogrammmitteln **nicht** zur Verfügung.

Um Aufgabenkritik, Prioritätensetzungen und Mittelumschichtungen innerhalb der Fachkapitel, der Ausschussbereiche und des Gesamthaushalts wird man deshalb nicht herkommen. Zusätzliche Wünsche müssen an anderer Stelle zusätzlich finanziert werden.

Mit Blick auf den Vollzug der Haushalte 2012 und 2013 darf nicht unerwähnt bleiben, dass eine Verschlechterung der momentan sehr günstigen Kapitalmarktkonditionen oder ein Rückgang der zurzeit sehr positiven Entwicklung der Steuereinnahmen aufgrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung und speziell der Entwicklung im Euro-Raum zu zusätzlichen Konsolidierungsanstrengungen führen kann. Für diese und weitere Unwägbarkeiten wie z. B. Tarifeffekte, Preisentwicklungen und Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen stehen, anders als in Bremen, **keinerlei** finanzielle Mittel als Risikovorsorge zur Verfügung.

Die Eck- und Finanzplanwerte werden sich im weiteren Verfahren in der konkreten Ausgestaltung noch ändern. So steht zwar der Rahmen für die Personalausgaben der Übrigen Verwaltung fest, eine haushaltsstellenscharfe Veranschlagung steht allerdings noch aus. Bei den Verrechnungen mit Bremen wird es im weiteren Verfahren mit ziemlicher Sicherheit noch zu Veränderungen in der Veranschlagung kommen (z. B. Grundsicherung). Auch sind die Mittelzuflüsse aus den erwähnten Landesprogrammen noch abzuwarten.

Der vorliegende Eckwerte-Entwurf für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 mit dem Finanzplan-Entwurf 2011 bis 2015 muss deshalb als Einstieg in das Haushaltsaufstellungsverfahren gesehen werden.

Eckwerte-Entwurf 2012/2013 mit Finanzplan-Entwurf bis 2015 in Mio. €

| | Ist 2010 | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 |
|---|--------------|----------------|-----------------|-----------------|--------------|--------------|
| I E I N N A H M E N | | | | | | |
| 1 Einnahmen der laufenden Rechnung | 426,2 | 458,2 | 486,4 | 498,3 | 507,4 | 517,4 |
| - konsumtive Einnahmen - | | | | | | |
| 1.1 Steuern (Steuerschätzung 5/2011) | 85,1 | 88,0 | 96,0 | 101,0 | 105,0 | 109,1 |
| 1.1.1 nachrichtlich Kosten der Einheit (Steuerschätzung 5/2011) | 1,9 | 1,9 | 1,9 | 1,9 | 1,9 | 1,9 |
| 1.2 Finanzaufweisungen | 293,5 | 323,1 | 346,1 | 353,0 | 358,1 | 363,9 |
| 1.2.1 Schlüsselzuweisungen (Steuerschätzung 5/2011) | 66,8 | 68,3 | 75,8 | 79,4 | 82,5 | 85,6 |
| 1.2.2 Ausgleich Kraftfahrzeugsteuer | 1,9 | 1,9 | 1,9 | 1,9 | 1,9 | 1,9 |
| 1.2.3 Ergänzungsaufweisungen | 35,1 | 35,1 | 35,1 | 35,1 | 35,1 | 35,1 |
| 1.2.4 Konsolidierungshilfen | 0,0 | 22,0 | 31,1 | 31,1 | 31,1 | 31,1 |
| 1.2.5 Personalkostenerstattung Polizei | 33,8 | 34,1 | 34,7 | 34,9 | 35,0 | 35,3 |
| 1.2.6 Personalkostenerstattung Lehrkräfte | 92,3 | 93,8 | 93,2 | 94,3 | 94,8 | 96,0 |
| 1.2.7 Erstattung Sozialleistungen Sozialamt | 44,8 | 46,5 | 47,2 | 48,1 | 48,9 | 49,7 |
| 1.2.8 Erstattung überörtlicher Jugendhilfeträger | 2,4 | 2,9 | 3,0 | 3,0 | 3,1 | 3,1 |
| 1.2.9 Erstattung Kosten der Unterkunft | 9,3 | 10,6 | 15,8 | 16,0 | 16,3 | 16,6 |
| 1.2.10 Erstattung Einsparung Landeswohngeld | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1.2.11 Übrige Verrechnungseinnahmen aus Bremen | 7,0 | 7,9 | 8,4 | 9,1 | 9,4 | 9,5 |
| 1.3 Sonstige konsumtive Einnahmen | 47,6 | 47,0 | 44,3 | 44,3 | 44,3 | 44,3 |
| 2 Einnahmen der Kapitalrechnung | 31,0 | 12,6 | 10,9 | 10,8 | 10,8 | 10,9 |
| - investive Einnahmen - | | | | | | |
| 2.1 Zuweisungen für Investitionen | 31,0 | 12,6 | 10,9 | 10,8 | 10,8 | 10,8 |
| 2.1.1 Verrechnungseinnahmen aus Bremen | 30,1 | 11,9 | 10,4 | 10,4 | 10,4 | 10,4 |
| 2.1.2 Übrige Zuweisungen für Investitionen | 0,8 | 0,6 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,5 |
| 2.2 Vermögensveräußerungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2.3 Sonstige investive Einnahmen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 3 Globale Mehreinnahmen (+) bzw. Mindereinnahmen (-) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 4 Bereinigte Gesamteinnahmen | 457,2 | 470,7 | 497,2 | 509,1 | 518,2 | 528,3 |
| 5 Besondere Finanzierungsvorgänge | 186,3 | 138,1 | 118,8 | 116,2 | 102,6 | 94,8 |
| 5.1 Kredite am Kreditmarkt (brutto) | 166,0 | 137,6 | 118,5 | 116,2 | 102,6 | 94,8 |
| 5.2 Entnahmen aus Rücklagen | 20,3 | 0,5 | 0,4 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 5.3 Überschüsse aus Vorjahren | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 5.4 Haushaltsinterne Verrechnungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 6 Gesamteinnahmen | 643,5 | 608,8 | 616,1 | 625,3 | 620,8 | 623,0 |
| II A U S G A B E N | | | | | | |
| 7 Ausgaben der laufenden Rechnung | 519,0 | 534,8 | 543,3 | 551,0 | 553,3 | 559,1 |
| - konsumtive Ausgaben - | | | | | | |
| 7.1 Personalausgaben | 231,6 | 242,0 | 242,9 | 245,4 | 246,6 | 248,6 |
| 7.1.1 Übrige Verwaltung | 102,7 | 109,7 | 110,7 | 111,9 | 112,6 | 113,0 |
| 7.1.2 Polizei | 33,9 | 34,1 | 34,7 | 35,0 | 35,0 | 35,3 |
| 7.1.3 Lehrkräfte | 95,1 | 98,1 | 97,4 | 98,5 | 99,0 | 100,3 |
| 7.2 Zinsausgaben | 48,6 | 56,3 | 56,6 | 58,4 | 58,8 | 59,7 |
| 7.2.1 Zinsen für Kreditmarktmittel | 38,7 | 45,5 | 50,2 | 52,3 | 54,3 | 55,5 |
| 7.2.2 Zinsen für Kapitaldienstfinanzierungen | 9,7 | 10,2 | 5,6 | 5,2 | 3,6 | 3,2 |
| 7.2.3 Zinsen für Kassenkredite | 0,2 | 0,6 | 0,8 | 1,0 | 1,0 | 1,0 |
| 7.3 Sonstige konsumtive Ausgaben | 238,7 | 236,5 | 243,8 | 247,2 | 247,9 | 250,9 |
| 7.3.1 Sozialleistungsausgaben | 138,9 | 144,7 | 149,7 | 152,1 | 154,4 | 156,9 |
| 7.3.1.1 Leistungen nach SGB | 70,5 | 73,4 | 77,1 | 78,3 | 79,3 | 80,6 |
| 7.3.1.2 Kosten der Unterkunft nach SGB II | 40,6 | 42,4 | 43,1 | 43,8 | 44,6 | 45,3 |
| 7.3.1.3 Jugendhilfe örtlicher Träger (Kapitel 6457) | 24,1 | 24,1 | 24,5 | 24,9 | 25,3 | 25,7 |
| 7.3.1.4 Jugendhilfe überörtlicher Träger (6451/681 01) | 2,9 | 3,5 | 3,6 | 3,7 | 3,7 | 3,8 |
| 7.3.1.5 Übrige Sozialleistungsausgaben | 0,8 | 1,4 | 1,4 | 1,4 | 1,5 | 1,5 |
| 7.3.2 Übrige sonstige konsumtive Ausgaben | 99,8 | 91,8 | 94,2 | 95,1 | 93,5 | 94,0 |
| 7.3.2.1 Verrechnungen an Bremen | 3,3 | 2,8 | 2,9 | 2,9 | 2,9 | 2,9 |
| 7.3.2.2 verbleibende übrige sonstige konsumtive Ausgaben | 96,5 | 89,0 | 91,3 | 92,2 | 90,6 | 91,1 |
| 8 Ausgaben der Kapitalrechnung | 85,0 | 42,4 | 47,5 | 53,1 | 46,7 | 44,5 |
| - investive Ausgaben - | | | | | | |
| 8.1 Tilgungen für Kapitaldienstfinanzierungen | 6,2 | 6,0 | 14,2 | 19,7 | 13,2 | 12,6 |
| 8.2 Tilgungen an Verwaltungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 8.3 Investive Zuweisungen an Bremen | 4,4 | 3,7 | 3,7 | 3,7 | 3,7 | 3,7 |
| 8.4 Sonstige Investitionen | 74,3 | 32,7 | 29,6 | 29,7 | 29,8 | 28,3 |
| 9 Globale Mehrausgaben (+) bzw. Minderausgaben (-) | 0,0 | 0,0 | -6,2 | -14,2 | -18,9 | -25,9 |
| 10 Bereinigte Gesamtausgaben | 603,9 | 577,2 | 584,5 | 589,9 | 581,1 | 577,8 |

| | Ist 2010 | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 |
|---|----------------|----------------|-----------------|-----------------|----------------|----------------|
| 11 Besondere Finanzierungsvorgänge | 39,5 | 31,6 | 31,5 | 35,3 | 39,7 | 45,3 |
| 11.1 Tilgungen am Kreditmarkt | 26,6 | 31,6 | 31,5 | 35,3 | 39,7 | 45,3 |
| 11.2 Zuführungen an Rücklagen | 12,9 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 11.3 Abdeckung von Fehlbeträgen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 11.4 Haushaltsinterne Verrechnungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 12 Gesamtausgaben | 643,5 | 608,8 | 616,1 | 625,3 | 620,8 | 623,0 |
| 13 Ausgabenüberhang | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 14 Finanzierungssaldo, zulässiges Defizit | | | | | | |
| 14.1 Bereinigte Gesamteinnahmen | 457,2 | 470,7 | 497,2 | 509,1 | 518,2 | 528,3 |
| 14.2 Bereinigte Gesamtausgaben | 603,9 | 577,2 | 584,5 | 589,9 | 581,1 | 577,8 |
| 14.3 Finanzierungssaldo mit Konsolidierungshilfen | -146,7 | -106,5 | -87,3 | -80,8 | -62,9 | -49,5 |
| 14.4 abzgl. veranschlagte Konsolidierungshilfen | - | 22,0 | 31,1 | 31,1 | 31,1 | 31,1 |
| 14.5 zulässiges Defizit im Kernhaushalt ohne Konsolidierungshilfen (Finanzplan-Daten) | - | -128,5 | -118,4 | -111,9 | -94,0 | -80,6 |
| 14.6 zulässiges Defizit im Kernhaushalt (Vorgabe) | - | -133,5 | -118,4 | -111,9 | -94,0 | -80,6 |
| 14.7 Abweichung | - | -5,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 15 Vergleich nach § 18 (1) LHO (netto): | | | | | | |
| 15.1 Brutto-Investitionen | 85,0 | 42,4 | 47,5 | 53,1 | 46,7 | 44,5 |
| 15.2 abzgl. anzurechnende investive Einnahmen | 31,0 | 12,6 | 10,9 | 10,8 | 10,8 | 10,9 |
| 15.3 Netto-Investitionen | 54,0 | 29,8 | 36,6 | 42,3 | 35,9 | 33,7 |
| 15.4 Nettokreditaufnahme (Ziffern 5.1 ./ 11.1) | 139,4 | 106,0 | 87,0 | 80,8 | 62,9 | 49,5 |
| 15.5 § 18 (1) LHO erfüllt (+), nicht erfüllt (-) (Ziffern 14.3 ./ 14.4) | -85,4 | -76,2 | -50,4 | -38,5 | -27,0 | -15,8 |
| 16 Vergleich der Zuwachsraten nach § 118 (4a) LHO (in v. H.): | | | | | | |
| 16.1 Bereinigte Gesamteinnahmen | 3,2 | 3,0 | 5,6 | 2,4 | 1,8 | 1,9 |
| 16.2 Bereinigte Gesamtausgaben | 14,0 | -4,4 | 1,3 | 0,9 | -1,5 | -0,6 |
| 16.3 § 118 Abs. 4a LHO erfüllt (+), nicht erfüllt (-) | -10,8 | 7,4 | 4,4 | 1,5 | 3,3 | 2,5 |
| 17 Quoten (in v. H.) | | | | | | |
| 17.1 Personalausgabenquote Gesamtverwaltung | 38,4 | 41,9 | 41,5 | 41,6 | 42,4 | 43,0 |
| 17.2 Personalausgabenquote Übrige Verwaltung | 17,0 | 19,0 | 18,9 | 19,0 | 19,4 | 19,6 |
| 17.3 Zinslastquote | 10,6 | 12,0 | 11,4 | 11,5 | 11,4 | 11,3 |
| 17.4 Zinsausgabenquote | 8,0 | 9,8 | 9,7 | 9,9 | 10,1 | 10,3 |
| 17.5 Zins-/Steuerquote | 57,1 | 64,0 | 58,9 | 57,9 | 56,0 | 54,7 |
| 17.6 Investitionsquote | 14,1 | 7,3 | 8,1 | 9,0 | 8,0 | 7,7 |
| 17.7 SGB II/SGB XII-Lastquote | 18,4 | 20,0 | 20,6 | 20,7 | 21,3 | 21,8 |
| 17.8 Deckungsquote | 75,7 | 81,6 | 85,1 | 86,3 | 89,2 | 91,4 |
| 17.9 Kreditfinanzierungsquote | 23,1 | 18,4 | 14,9 | 13,7 | 10,8 | 8,6 |
| 18 Verschuldung | 1.267,2 | 1.339,7 | 1.412,5 | 1.473,6 | 1.523,3 | 1.560,3 |
| 18.1 Schuldenstand nach dem Soll | | 1.180,5 | 1.267,5 | 1.348,3 | 1.411,2 | 1.460,8 |
| 18.2 Schuldenstand nach dem Ist gemäß Schuldennachweis | 1.074,6 | | | | | |
| 18.3 Schuldenstand Kapitaldienstfinanzierungen | 192,6 | 159,2 | 145,0 | 125,3 | 112,1 | 99,5 |
| 19 Konsumtiver Saldo (Ziffern 1 + 3 J. 7 J. 9) | -92,8 | -76,7 | -50,7 | -38,5 | -27,0 | -15,8 |
| 19.1 Einnahmen der laufenden Rechnung zzgl. globale Mehr-, Mindereinnahmen | 426,2 | 458,2 | 486,4 | 498,3 | 507,4 | 517,4 |
| 19.2 Ausgaben der laufenden Rechnung zzgl. globale Mehr-, Minderausgaben | 519,0 | 534,8 | 537,1 | 536,8 | 534,4 | 533,2 |
| 20 Primärsaldo | -98,1 | -50,2 | -30,7 | -22,4 | -4,1 | 10,2 |
| 20.1 Primäreinnahmen (Ziffern 4 ./ 2.2) | 457,2 | 470,7 | 497,2 | 509,1 | 518,2 | 528,3 |
| 20.2 Primärausgaben (Ziffern 10 ./ 7.2) | 555,3 | 520,9 | 528,0 | 531,5 | 522,3 | 518,1 |
| 21 Einwohnerbezogene Daten | | | | | | |
| 21.1 Pro-Kopf-Verschuldung nach dem Soll | | 11.800 | 12.441 | 12.980 | 13.418 | 13.743 |
| 21.2 Pro-Kopf-Verschuldung nach dem Ist | 11.131 | | | | | |
| 21.3 Einwohner (kommunale Angaben) | 113.840 | 113.532 | 113.532 | 113.532 | 113.532 | 113.532 |
| 21.4 Primärausgaben je Einwohner | 4.878 | 4.588 | 4.650 | 4.681 | 4.600 | 4.563 |
| 21.5 Bereinigte Gesamtausgaben je Einwohner | 5.305 | 5.084 | 5.149 | 5.196 | 5.119 | 5.089 |
| 21.6 Finanzierungssaldo je Einwohner | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

| AB | Kap | Gru | Ti | Bezeichnung | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 | Hinweis |
|----|------|-----|----|--|----------------|-----------------|-----------------|-----------|-----------|---|
| 0 | 6920 | 871 | 01 | INANSPRUCHNAHME AUS BÜRGESCHAFTEN | 29.700 | 29.700 | 29.700 | 29.700 | 29.700 | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung |
| 0 | 6925 | 891 | 01 | SEESTADT IMMOBILIEN, MIETKAUF KITA ELLHORN-STRASSE | 187.680 | 187.680 | 187.680 | 187.680 | 187.680 | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung |
| 0 | 6925 | 891 | 02 | TILGUNG AN "SEESTADT IMMOBILIEN" FÜR GEBÄUDESANIERUNGEN (KDF) | 1.838.720 | 1.977.150 | 2.059.220 | 2.132.350 | 2.210.050 | Kapitaldienstfinanzierung |
| 0 | 6925 | 891 | 03 | SEESTADT IMMOBILIEN, LEIBRENTEN | 118.750 | 96.940 | 99.850 | 102.850 | 105.930 | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung |
| 0 | 6925 | 891 | 04 | SEESTADT IMMOBILIEN, INVESTITIONS-KOSTENZUSCHUSS | 6.522.240 | 6.541.680 | 6.560.440 | 7.500.000 | 7.500.000 | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung |
| 0 | 6925 | 891 | 50 | TILGUNG AN "STADTFINANZ" FÜR STADTTEIL-SONDERPROGRAMM (KDF) | 300.510 | 313.220 | 326.470 | 340.280 | 354.680 | Kapitaldienstfinanzierung |
| 0 | 6980 | 790 | 01 | INVESTITIONSRESERVE | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | sonstige Investition |
| 2 | 6780 | 790 | 30 | MARKETING ENTWICKLUNGSGEBIET "HAVENWELTEN" | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 2 | 6780 | 891 | 01 | TILGUNG AN DIE STÄGRUND F. ERWEITERUNG UND SANIERUNG ZOO AM MEER (KDF) | 191.700 | 202.080 | 213.010 | 224.530 | 236.680 | Kapitaldienstfinanzierung |
| 2 | 6780 | 891 | 03 | TILGUNG AN BEAN FÜR PROJEKT "HAVENWELTEN" (KDF) | 1.627.000 | 10.387.000 | 16.127.000 | 9.797.000 | 9.140.000 | Kapitaldienstfinanzierung |
| 2 | 6780 | 891 | 04 | BIS, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS | 830.000 | 800.000 | 800.000 | 800.000 | 800.000 | Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe |
| 2 | 6780 | 891 | 05 | BEAN, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS | 4.720.000 | 2.220.000 | 2.220.000 | 2.220.000 | 720.000 | Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe |
| 2 | 6782 | 730 | 01 | ALLGEMEINE INVESTIVE INFRA-STRUKTURMAßNAHMEN | 2.000.000 | 2.000.000 | 2.000.000 | 2.000.000 | 2.000.000 | Die Ausgaben werden u.a. zur Komplementärmittelfinanzierung benötigt. |
| 2 | 6782 | 790 | 10 | ISP AUSBAU VERKEHRSLANDEPLATZ LUNEORT | 1.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 2 | 6782 | 891 | 01 | TILGUNG AN BIS FÜR INNENSTADT I (KDF) | 1.456.000 | 742.000 | 393.000 | 106.000 | 0 | Kapitaldienstfinanzierung |
| 2 | 6782 | 891 | 02 | TILGUNG AN BIS FÜR SÜDLICHE INNENSTADT (KDF) | 268.000 | 218.000 | 229.000 | 239.000 | 250.000 | Kapitaldienstfinanzierung |
| 2 | 6782 | 891 | 03 | TILGUNG AN BIS FÜR GEWERBEGEBIET LUNEORT OFFSHORE-WINDENERGIE-ANLAGENBAUER (KDF) | 203.000 | 211.000 | 218.000 | 226.000 | 234.000 | Kapitaldienstfinanzierung |
| 2 | 6782 | 987 | 05 | (I) AN BREMER HST. 0709/387 90-1 FÜR BETEILIG. AN D. REGIONAL. WIRTSCHAFTSFÖRD. | 3.664.000 | 3.664.000 | 3.664.000 | 3.664.000 | 3.664.000 | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung |

| AB | Kap | Gru | Ti | Bezeichnung | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 | Hinweis |
|----|------|-----|----|--|----------------|-----------------|-----------------|-----------|-----------|--|
| 2 | 6819 | 891 | 01 | BVV/VGB, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS | 456.140 | 1.071.860 | 1.216.160 | 1.337.240 | 1.446.960 | Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe |
| 2 | 6819 | 891 | 02 | BÄDERGESELLSCHAFT BREMERHAVEN MBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS | 153.500 | 1.185.600 | 1.199.000 | 1.220.000 | 1.096.500 | Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe |
| 2 | 6819 | 891 | 03 | WESERFÄHRE BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS | 43.720 | 43.490 | 43.280 | 43.060 | 42.850 | Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe |
| 2 | 6854 | 891 | 01 | STADTHALLE BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS | 1.480.000 | 1.480.000 | 1.480.000 | 1.480.000 | 1.480.000 | Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe |
| 2 | 6880 | 891 | 01 | TILGUNG AN BREMER AUFBAUBANK FÜR US- WOHNUNGEN (KDF) | 131.390 | 137.380 | 143.650 | 152.970 | 160.160 | Kapitaldienstfinanzierung |
| 3 | 6510 | 893 | 01 | FÖRDERMITTEL AN DIE KRANKENHÄUSER FÜR KURZFRIST. INVEST. NACH § 11 BREMKHG | 1.188.750 | 1.188.750 | 1.188.750 | 1.188.750 | 1.188.750 | Komplementärfinanzierung |
| 3 | 6510 | 893 | 03 | FÖRDERMITTEL AN DIE KRANKENHÄUSER FÜR INVESTITIONEN NACH § 10 BREMKHG | 2.228.230 | 2.228.230 | 2.228.230 | 2.228.230 | 2.228.230 | Komplementärfinanzierung, teilweise VE- Abdeckungen |
| 4 | 6205 | 891 | 01 | AN WIRTSCHAFTSBETRIEB SEESTADT IMMOBILIEN FÜR BAUMASSNAHMEN GANZTAGSSCHULEN | 1.000.000 | 550.000 | 550.000 | 550.000 | 550.000 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 4 | 6210 | 700 | 01 | KLEINERE UM- U. ERWEITERUNGSBAUTEN SOWIE GRÖßERE INSTANDSETZUNGEN (HOCHBAUTEN) | 90.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | sonstige Investition |
| 4 | 6210 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN | 220.000 | 58.850 | 57.840 | 58.380 | 57.730 | sonstige Investition |
| 4 | 6211 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN | 0 | 7.740 | 6.490 | 5.070 | 3.440 | sonstige Investition |
| 4 | 6230 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN | 30.000 | 170.450 | 172.300 | 171.540 | 173.150 | sonstige Investition |
| 4 | 6231 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN | 0 | 4.710 | 4.710 | 4.710 | 4.710 | sonstige Investition |
| 4 | 6246 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN | 0 | 116.870 | 113.920 | 112.080 | 108.150 | sonstige Investition |
| 4 | 6270 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN | 20.000 | 20.850 | 20.660 | 20.460 | 20.210 | sonstige Investition |
| 4 | 6271 | 891 | 01 | INVESTITIONSZUSCHUSS AN DIE STÄGRUND | 490.160 | 495.290 | 495.580 | 495.580 | 495.810 | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung |
| 4 | 6321 | 893 | 01 | INVESTITIONSZUSCHUSS AN STIFTUNG DEUTSCHES SCHIFFFAHRTMUSEUM | 100.000 | 48.260 | 48.260 | 48.260 | 48.260 | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung |
| 4 | 6330 | 891 | 01 | INVESTITIONSZUSCHUSS AN DIE STÄGRUND | 506.700 | 509.710 | 509.710 | 509.710 | 509.710 | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung, VE-Abdeckung |
| 4 | 6351 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN | 4.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe |

| AB | Kap | Gru | Ti | Bezeichnung | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 | Hinweis |
|----|------|-----|----|--|----------------|-----------------|-----------------|-----------|-----------|---|
| 4 | 6355 | 891 | 01 | ZOO AM MEER BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS | 49.200 | 42.000 | 42.000 | 42.000 | 42.000 | Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe |
| 4 | 6361 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN | 10.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | sonstige Investition |
| 4 | 6361 | 812 | 07 | INVESTIVE EXPONATE | 10.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | sonstige Investition |
| 4 | 6361 | 893 | 01 | INV.-ZUSCHÜSSE FÜR RESTAURIERUNGEN | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | sonstige Investition |
| 4 | 6362 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN | 5.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | sonstige Investition |
| 4 | 6372 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN | 15.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | sonstige Investition |
| 5 | 6401 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN | 27.500 | 27.170 | 26.840 | 26.520 | 26.200 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 5 | 6641 | 893 | 01 | TILGUNG AUF GRUNDSTÜCKSKOSTENDARLEHEN | 35.800 | 37.100 | 38.600 | 40.000 | 41.600 | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung |
| 6 | 6502 | 790 | 01 | ENTSIEGELUNGSMASSNAHMEN | 10.000 | 9.880 | 9.760 | 9.640 | 9.530 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 6 | 6502 | 790 | 03 | BAUMAßNAHMEN (ABWASSERABGABE) | 110.000 | 108.680 | 107.380 | 106.090 | 104.810 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 6 | 6502 | 812 | 81 | TECHNISIERUNG DER VERWALTUNG (GRUND- WASSERSCHUTZ) | 2.000 | 1.980 | 1.950 | 1.930 | 1.910 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 6 | 6612 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN | 72.000 | 71.140 | 70.280 | 69.440 | 68.610 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 6 | 6625 | 790 | 02 | REGULÄRES BUNDESPROGRAMM STADTUMBAU WEST (INVESTIV) | 1.401.000 | 1.384.200 | 1.367.580 | 1.351.170 | 1.334.940 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6625 | 790 | 03 | BUNDESPROGRAMM "INVESTITIONSPAKT" FÜR ENERGETISCHE SANIERUNG | 297.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6625 | 790 | 05 | SANIERUNGSMASSNAHME ALTE BÜRGER | 414.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6625 | 790 | 06 | SANIERUNGSMASSNAHMEN BUNDESPROGRAMM "SOZIALE STADT" | 486.000 | 480.180 | 474.420 | 468.720 | 463.080 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6625 | 790 | 09 | STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN AKTIVE STADT- UND ORTSTEILZENTREN | 189.000 | 186.720 | 184.500 | 182.280 | 180.090 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6625 | 790 | 10 | STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN DENKMALSCHUTZ WEST | 105.000 | 103.740 | 102.510 | 101.280 | 100.050 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6651 | 700 | 03 | VERBESSERUNG UND ERWEITERUNG DER VERKEHRSEINRICHTUNGEN | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | sonstige Investition |
| 6 | 6651 | 700 | 05 | GRUNDINSTANDSETZUNG UND ERNEUERUNG VON BRÜCKEN | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | sonstige Investition |
| 6 | 6651 | 730 | 00 | INVESTIVE PAUSCHALE FÜR ÖPNVG- MASSNAHMEN | 0 | 1.215.560 | 1.233.330 | 1.252.220 | 1.252.220 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |

| AB | Kap | Gru | Ti | Bezeichnung | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 | Hinweis |
|----|------|-----|----|---|----------------|-----------------|-----------------|-----------|-----------|---|
| 6 | 6651 | 730 | 02 | AUSBAU VON WOHNSTRASSEN, PARKPLÄTZEN UND ERSCHLIEßUNGSANLAGEN | 170.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6651 | 730 | 05 | GRUNDINSTANDSETZUNG KENNEDYBRÜCKE | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 6 | 6651 | 730 | 06 | GRUNDINSTANDSETZUNG ACHGELISBRÜCKE | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 6 | 6651 | 730 | 07 | HERRICHTUNG DER FAHRWEGE FÜR DEN ÖPNVG | 400.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6651 | 730 | 09 | SCHULWEGSICHERUNG LOTJEWEG/BEUTHENER STR. | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 6 | 6651 | 730 | 15 | AUSBAU DER B 212 ZWISCHEN FÄHRANLEGER UND BERLINER PLATZ (ENTFLECHTG) | 604.670 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6651 | 730 | 17 | UMGESTALTUNG BAHNHOF LEHE (ÖPNVG) | 233.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6651 | 730 | 44 | AUSBAU DES RADWEGENETZES | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 6 | 6651 | 730 | 50 | VERLÄNGERUNG LÄRMSCHUTZWAND GRIMSBY- STRASSE | 117.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 6 | 6651 | 730 | 51 | SANIERUNG WENCKE DOCK | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 6 | 6651 | 730 | 66 | INVESTIVE PAUSCHALE FÜR ENTFLECHTG- MASSNAHMEN | 0 | 2.654.670 | 2.654.670 | 2.654.670 | 2.654.670 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6651 | 730 | 89 | AUSBAU DER ELBESTR. V. ELBINGER PLATZ BIS WIESENSTR. (ENTFLECHTG) | 1.000.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6651 | 730 | 94 | UMBAU DER WESERSTR. MIT DEN EINMÜNDUNGEN HOEBELSTR. UND OSTRAMPE (ENTFLECHTG) | 400.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6651 | 730 | 96 | UMGESTALTUNG VON HALTESTELLEN (ÖPNVG) | 564.780 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6651 | 730 | 97 | AUSBAU WURSTER STR. ZW. FLÖTENKIEL UND CHERBOURGER STR. (ENTFLECHTG) | 650.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung. |
| 6 | 6730 | 700 | 01 | KLEINE UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN SOWIE GRÖßERE INSTANDSETZUNGEN (HOCHBAUTEN) | 0 | 125.000 | 125.000 | 125.000 | 125.000 | sonstige Investition, gebührenrechnende Einrichtung |
| 6 | 6730 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN | 25.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | sonstige Investition, gebührenrechnende Einrichtung |
| 6 | 6741 | 737 | 01 | SPIELLEITPLANUNG GEESTEMÜNDE | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 7 | 6110 | 811 | 01 | KRAFTFAHRZEUGE | 194.000 | 209.000 | 215.000 | 215.000 | 215.000 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 7 | 6110 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN | 390.000 | 367.990 | 355.070 | 348.230 | 341.470 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 7 | 6110 | 891 | 01 | TILGUNG AN "SEESTADT IMMOBILIEN" FÜR GEBÄUDESANIERUNGEN (KDF) | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, von Bremen bislang nicht anerkannt |

| AB | Kap | Gru | Ti | Bezeichnung | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 | Hinweis |
|---------------|------|-----|----|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|---|
| 7 | 6120 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN | 5.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 7 | 6150 | 811 | 01 | FAHRZEUGE DER FEUERWEHR | 180.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 7 | 6150 | 812 | 06 | ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGL. BEWEGLICHEN SACHEN | 40.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 8 | 6451 | 893 | 01 | INV. ZUSCHÜSSE FÜR IMPULSE FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT | 375.000 | 370.500 | 366.050 | 361.660 | 357.320 | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 8 | 6470 | 891 | 01 | AN "SEESTADT IMMOBILIEN" FÜR AUSBAU BETREUUNGSPLÄTZE UNTER 3-JÄHRIGE (KIFÖG) | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 8 | 6470 | 893 | 03 | AUSBAU BETREUUNGSPLÄTZE UNTER 3- JÄHRIGE (KIFÖG) | 1.466.640 | 988.320 | 939.560 | 0 | 0 | 0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 10 | 6540 | 700 | 03 | KLEINE UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN SOWIE GRÖßERE INSTANDSETZUNGEN (SONST. ANL.) | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 10 | 6540 | 893 | 04 | ERSATZBESCHAFFUNG VON MASCHINEN FÜR SPORTPLATZPFLEGE | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 sonstige Investition |
| 10 | 6541 | 863 | 01 | DARLEHEN | 0 | 15.090 | 15.090 | 15.090 | 15.090 | 15.090 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| 10 | 6541 | 893 | 02 | ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen |
| Summen | | | | | 42.364.480 | 47.467.410 | 53.095.500 | 46.726.370 | 44.540.930 | |

| AB | Kap | Gru | Ti | Bezeichnung | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 | Hinweis |
|-------------------------|-----|-----|----|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|---------|
| <u>d a v o n</u> | | | | | | | | | | |
| | | | | Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe | 7.732.560 | 6.842.950 | 7.000.440 | 7.142.300 | 5.628.310 | |
| | | | | Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplettarfinanzierungen | 16.059.570 | 14.241.800 | 14.170.970 | 13.210.920 | 13.171.970 | |
| | | | | vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung | 11.655.030 | 11.610.360 | 11.633.820 | 12.577.780 | 12.582.690 | |
| | | | | Kapitaldienstfinanzierungen | 6.016.320 | 14.187.830 | 19.709.350 | 13.218.130 | 12.585.570 | |
| | | | | sonstige Investitionen | 901.000 | 584.470 | 580.920 | 577.240 | 572.390 | |
| | | | | Konjunkturprogramm II | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | Summen | 42.364.480 | 47.467.410 | 53.095.500 | 46.726.370 | 44.540.930 | |
| | | | | Ausschussbereich 0 | 8.997.600 | 9.146.370 | 9.263.360 | 10.292.860 | 10.388.040 | |
| | | | | Ausschussbereich 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | Ausschussbereich 2 | 17.225.450 | 24.362.410 | 29.946.100 | 23.509.800 | 21.271.150 | |
| | | | | Ausschussbereich 3 | 3.416.980 | 3.416.980 | 3.416.980 | 3.416.980 | 3.416.980 | |
| | | | | Ausschussbereich 4 | 2.550.060 | 2.024.730 | 2.021.470 | 2.017.790 | 2.013.170 | |
| | | | | Ausschussbereich 5 | 63.300 | 64.270 | 65.440 | 66.520 | 67.800 | |
| | | | | Ausschussbereich 6 | 7.330.450 | 6.421.750 | 6.411.380 | 6.402.440 | 6.374.910 | |
| | | | | Ausschussbereich 7 | 809.000 | 576.990 | 570.070 | 563.230 | 556.470 | |
| | | | | Ausschussbereich 8 | 1.841.640 | 1.358.820 | 1.305.610 | 361.660 | 357.320 | |
| | | | | Ausschussbereich 9 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | Ausschussbereich 10 | 130.000 | 95.090 | 95.090 | 95.090 | 95.090 | |
| | | | | Summen | 42.364.480 | 47.467.410 | 53.095.500 | 46.726.370 | 44.540.930 | |

Eckwerte-Entwurf 2012 nach Ausschussbereichen in €

| AB | Bezeichnung | Einnahmen | Ausgaben | | | | | | Finanzierungs- |
|----|--|------------------------------------|-----------------------|-------------------|------------------------------------|-----------------------|---------------------|-----------------------------------|--------------------|
| | | bereinigte Gesamt- einnahmen | Personal- ausgaben | Zinsen | sonstige konsumtive Ausgaben | investive Ausgaben | globale Ausgaben | bereinigte Gesamt- ausgaben | saldo |
| 0 | Zentrale Finanzwirtschaft | 244.314.450 | 0 | 53.859.530 | 22.925.300 | 9.146.370 | -6.200.000 | 79.731.200 | 164.583.250 |
| 1 | Allgemeine Verwaltung | 324.220 | 110.748.710 | 0 | 3.794.130 | 0 | 0 | 114.542.840 | -114.218.620 |
| 2 | Finanzen, Wirtschaft, Rechtsangelegenheiten | 12.454.570 | 0 | 2.717.810 | 19.062.510 | 24.362.410 | 0 | 46.142.730 | -33.688.160 |
| 3 | Gesundheit | 384.130 | 0 | 0 | 831.210 | 3.416.980 | 0 | 4.248.190 | -3.864.060 |
| 4 | Schule und Kultur | 100.959.030 | 97.408.500 | 0 | 13.872.730 | 2.024.730 | 0 | 113.305.960 | -12.346.930 |
| 5 | Soziales, Arbeit und Schwerbehinderte | 67.685.130 | 0 | 0 | 127.407.990 | 64.270 | 0 | 127.472.260 | -59.787.130 |
| 6 | Bau und Umwelt | 10.604.300 | 0 | 0 | 12.828.710 | 6.421.750 | 0 | 19.250.460 | -8.646.160 |
| 7 | Öffentliche Sicherheit | 47.953.440 | 34.715.200 | 0 | 5.218.990 | 576.990 | 0 | 40.511.180 | 7.442.260 |
| 8 | Jugend und Familie | 11.900.110 | 0 | 0 | 36.285.180 | 1.358.820 | 0 | 37.644.000 | -25.743.890 |
| 9 | Stadtverordnetenversamm- lung, Frauen, Bürgerbeteili- gung und Ausländer | 150 | 0 | 0 | 394.290 | 0 | 0 | 394.290 | -394.140 |
| 10 | Sport und Freizeit | 644.100 | 0 | 0 | 1.206.510 | 95.090 | 0 | 1.301.600 | -657.500 |
| | Summen | 497.223.630 | 242.872.410 | 56.577.340 | 243.827.550 | 47.467.410 | -6.200.000 | 584.544.710 | -87.321.080 |

| Besondere Finanzierungs- vorgänge Gesamthaushalt | Einnahmen | Ausgaben | Saldo |
|---|--------------------|--------------------|----------|
| Einnahmen | | | |
| Kredite | 118.490.000 | | |
| Entnahmen aus Rücklagen | 356.860 | | |
| Überschüsse aus Vorjahren | 0 | | |
| haushaltsinterne | 0 | | |
| Ausgaben | | | |
| Tilgungen | | 31.525.780 | |
| Zuführungen an Rücklagen | | 0 | |
| Abdeckung von Fehlbeträgen | | 0 | |
| haushaltsinterne | | 0 | |
| Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben | 616.070.490 | 616.070.490 | 0 |

Eckwerte-Entwurf 2013 nach Ausschussbereichen in €

| AB | Bezeichnung | Einnahmen | Ausgaben | | | | | | Finanzierungs- saldo |
|----|--|------------------------------------|-----------------------|-------------------|------------------------------------|-----------------------|---------------------|-----------------------------------|-------------------------|
| | | bereinigte Gesamt- einnahmen | Personal- ausgaben | Zinsen | sonstige konsumtive Ausgaben | investive Ausgaben | globale Ausgaben | bereinigte Gesamt- ausgaben | |
| 0 | Zentrale Finanzwirtschaft | 252.971.130 | 0 | 56.078.790 | 22.925.300 | 9.263.360 | -14.180.000 | 74.087.450 | 178.883.680 |
| 1 | Allgemeine Verwaltung | 325.020 | 111.891.650 | 0 | 3.829.840 | 0 | 0 | 115.721.490 | -115.396.470 |
| 2 | Finanzen, Wirtschaft, Rechtsangelegenheiten | 12.454.540 | 0 | 2.370.880 | 19.654.390 | 29.946.100 | 0 | 51.971.370 | -39.516.830 |
| 3 | Gesundheit | 384.280 | 0 | 0 | 831.210 | 3.416.980 | 0 | 4.248.190 | -3.863.910 |
| 4 | Schule und Kultur | 102.070.860 | 98.519.850 | 0 | 14.098.970 | 2.021.470 | 0 | 114.640.290 | -12.569.430 |
| 5 | Soziales, Arbeit und Schwerbehinderte | 68.766.390 | 0 | 0 | 129.373.340 | 65.440 | 0 | 129.438.780 | -60.672.390 |
| 6 | Bau und Umwelt | 10.604.660 | 0 | 0 | 12.829.250 | 6.411.380 | 0 | 19.240.630 | -8.635.970 |
| 7 | Öffentliche Sicherheit | 48.294.110 | 34.971.450 | 0 | 5.272.960 | 570.070 | 0 | 40.814.480 | 7.479.630 |
| 8 | Jugend und Familie | 12.601.480 | 0 | 0 | 36.771.940 | 1.305.610 | 0 | 38.077.550 | -25.476.070 |
| 9 | Stadtverordnetenversamm- lung, Frauen, Bürgerbeteili- gung und Ausländer | 150 | 0 | 0 | 394.290 | 0 | 0 | 394.290 | -394.140 |
| 10 | Sport und Freizeit | 644.100 | 0 | 0 | 1.206.510 | 95.090 | 0 | 1.301.600 | -657.500 |
| | Summen | 509.116.720 | 245.382.950 | 58.449.670 | 247.188.000 | 53.095.500 | -14.180.000 | 589.936.120 | -80.819.400 |

| Besondere Finanzierungs- vorgänge Gesamthaushalt | Einnahmen | Ausgaben | Saldo |
|---|--------------------|--------------------|----------|
| Einnahmen | | | |
| Kredite | 116.150.000 | | |
| Entnahmen aus Rücklagen | 0 | | |
| Überschüsse aus Vorjahren | 0 | | |
| haushaltsinterne | 0 | | |
| Ausgaben | | | |
| Tilgungen | | 35.330.600 | |
| Zuführungen an Rücklagen | | 0 | |
| Abdeckung von Fehlbeträgen | | 0 | |
| haushaltsinterne | | 0 | |
| Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben | 625.266.720 | 625.266.720 | 0 |

Ableitung strukturelles Defizit

Berechnung des zulässigen strukturellen Defizits auf Basis des Ist 2010

- alle Angaben in Mio. €, rechnerische Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich -
Ziffer 2.5 der Beratungsvorlage

| <u>Zeile</u> | <u>Einnahme-, Ausgabepositionen</u> | <u>Ist 2010</u> |
|--------------|--|-----------------|
| 1 | Steuerabhängige Einnahmen | 151,9 |
| 2 | Steuereinnahmen | 85,1 |
| 3 | Schlüsselzuweisungen | 66,8 |
| 4 | Sonstige konsumtive Einnahmen | 274,3 |
| 5 | Investive Einnahmen | 31,0 |
| 6 | globale Mehr-, Mindereinnahmen | 0,0 |
| 7 | Bereinigte Gesamteinnahmen | 457,2 |
| 8 | Personalausgaben | 231,6 |
| 9 | Zinsausgaben | 48,6 |
| 10 | Sonstige konsumtive Ausgaben | 238,7 |
| 11 | Investitionsausgaben | 85,0 |
| 12 | globale Mehr-, Minderausgaben | 0,0 |
| 10 | Bereinigte Gesamtausgaben | 603,9 |
| 11 | Finanzierungssaldo = Defizit Kernhaushalt | -146,7 |
| 12 | + Ex ante-Konjunkturkomponente | 5,0 |
| 13 | Berechnungsstand | Mai 2010 |
| 14 | + Saldo der periodengerechten Abrechnung | 6,3 |
| 15 | ./. Steuerabweichungskomponente | -4,5 |
| 16 | + Tilgungen über Bremer Kapitaldienstfond | 12,3 |
| 17 | ./. Finanzielle Transaktionen (Einnahmen) | -0,4 |
| 18 | + Finanzielle Transaktionen (Ausgaben) | 1,6 |
| 19 | + Ableitungsdifferenz zur BMF-Berechnung | 0,0 |
| 15 | FöKo-relevanter Finanzierungssaldo = zulässiges strukturelles Defizit | -126,4 |

Ableitung strukturelles Defizit

Berechnung des zulässigen Defizits im Kernhaushalt

- alle Angaben in Mio. €, rechnerische Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich -
Ziffer 2.5 der Beratungsvorlage

| Zeile | Einnahme-, Ausgabepositionen | Ist 2010 | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 |
|-------|---|---------------|----------------|-----------------|-----------------|--------------|--------------|
| 1 | zulässiges strukturelles Defizit | -126,4 | | | | | |
| 2 | jährliche Abbauschritte (1/10) | | -12,6 | -12,6 | -12,6 | -12,6 | -12,6 |
| 3 | zulässiges strukturelles Defizit | | -113,8 | -101,1 | -88,5 | -75,8 | -63,2 |
| 4 | J. Ex ante-Konjunkturkomponente | -5,0 | -1,6 | -1,8 | -1,4 | -0,8 | 0,0 |
| 5 | Berechnungsstand Steuerschätzungen | Mai 2010 | Nov. 2010 | Mai 2011 | Mai 2011 | Mai 2011 | Mai 2011 |
| 6 | J. Saldo der periodengerechten Abrechnung | -6,3 | | | | | |
| 7 | + Steuerabweichungskomponente | 4,5 | | | | | |
| 8 | J. Tilgungsausgaben über Bremer Kapitaldienst- fond | -12,3 | -11,3 | -13,4 | -19,9 | -15,2 | -15,4 |
| 9 | Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien | -1,8 | -1,8 | -2,0 | -2,1 | -2,1 | -2,2 |
| 10 | Wirtschaftsbetrieb StadtFinanz | -0,3 | -0,3 | -0,3 | -0,3 | -0,3 | -0,4 |
| 11 | BEAN | -10,2 | -9,2 | -11,1 | -17,5 | -12,7 | -12,8 |
| 12 | J. Differenz bremische Steuerschätzung zu Regionalisierungsergebnissen (mit KFA) | | -7,0 | -2,3 | -2,3 | -2,3 | -2,2 |
| 13 | + Finanzielle Transaktionen (Einnahmen) | 0,4 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 |
| 14 | J. Finanzielle Transaktionen (Ausgaben) | -1,6 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 15 | J. Ableitungsdifferenz zur BMF-Berechnung | 0,0 | | | | | |
| 16 | zulässiges Defizit Kernhaushalt <u>ohne</u> Konsolidierungshilfen | -146,7 | -133,5 | -118,4 | -111,9 | -94,0 | -80,6 |
| 17 | Veranschlagungsvorgaben | | | | | | |
| 18 | originäre Steuereinnahmen | | 88,0 | 96,0 | 101,0 | 105,0 | 109,1 |
| 19 | Schlüsselzuweisungen | | 68,3 | 75,8 | 79,4 | 82,5 | 85,6 |
| 20 | Ergebnisse der bremischen Steuerschätzungen | | Nov. 2010 | Mai 2011 | Mai 2011 | Mai 2011 | Mai 2011 |
| 21 | Tilgungsausgaben über Bremer Kapitaldienstfond | | 11,3 | 13,4 | 19,9 | 15,2 | 15,4 |

Ableitung strukturelles Defizit

Berechnung der Konjunkturkomponente

- alle Angaben in Mio. € -

Ziffer 2.5 der Beratungsvorlage

| Zeile | Einnahmen | Ist 2010 | Ist 2010 | Ansatz | Entwurf | Entwurf | Plan | Plan |
|-------|---|----------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | | Stadtstaat | Brhv. | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
| 1 | Ex ante-Konjunkturkomponente gemäß Vorgabe des Bundes für den Stadtstaat | 83,6 | | 27,2 | 30,4 | 24,1 | 14,1 | 0,0 |
| 2 | Anteil in % | | 5,981 | 5,940 | 5,938 | 5,929 | 5,919 | 5,912 |
| 3 | Anteil in Mio. € | | 5,0 | 1,6 | 1,8 | 1,4 | 0,8 | 0,0 |
| 4 | Periodengerechte Abrechnung | | | | | | | |
| 5 | Ist | 1.089,0 | | | | | | |
| 6 | Umsatzsteuer | 576,0 | | | | | | |
| 7 | Länderfinanzausgleich | 370,0 | | | | | | |
| 8 | Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen | 143,0 | | | | | | |
| 9 | Abrechnung | 1.195,0 | | | | | | |
| 10 | Umsatzsteuer | 605,0 | | | | | | |
| 11 | Länderfinanzausgleich | 444,0 | | | | | | |
| 12 | Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen | 146,0 | | | | | | |
| 13 | Saldo | 105,7 | | | | | | |
| 14 | Anteil in % | | 5,981 | | | | | |
| 15 | Anteil in Mio. € | | 6,3 | | | | | |
| 16 | Steuerabweichungskomponente | 75,5 | | | | | | |
| 17 | Anteil in % | | 5,981 | | | | | |
| 18 | Anteil in Mio. € | | 4,5 | | | | | |

Ableitung strukturelles Defizit**Bremische Steuerschätzung und Regionalisierung**

- alle Angaben in Mio. €, rechnerische Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich -
Ziffer 2.5 der Beratungsvorlage

| Zeile | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 |
|---|------------------------|-------------------------|-------------------------|----------------------|----------------------|
| 1 Berechnungsstand Steuerschätzungen | Nov. 2010 | Mai 2011 | Mai 2011 | Mai 2011 | Mai 2011 |
| 2 Bremische Steuerschätzung | | | | | |
| 3 bremsische steuerabhängige Einnahmen | 2.632,0 | 2.893,0 | 3.043,6 | 3.168,0 | 3.294,5 |
| 4 Anteil Bremerhaven | 88,0 | 96,0 | 101,0 | 105,0 | 109,1 |
| 5 Ergebnisse der Regionalisierung | | | | | |
| 6 bremsische steuerabhängige Einnahmen | 2.742,0 | 2.925,0 | 3.075,0 | 3.200,0 | 3.325,0 |
| 7 + sonstige Gemeindesteuern | 7,6 | 6,6 | 6,7 | 6,9 | 7,0 |
| 8 bremsische steuerabhängige Einnahmen insgesamt | 2.749,6 | 2.931,6 | 3.081,7 | 3.206,9 | 3.332,0 |
| 9 Differenz | | | | | |
| | 117,5 | 38,6 | 38,1 | 38,9 | 37,5 |
| 10 Innerbremische Aufteilung (nach KFA) | | | | | |
| 11 Land und Stadtgemeinde Bremen | 110,6 | 36,3 | 35,9 | 36,6 | 35,2 |
| 12 Anteil in % | 94,060 | 94,062 | 94,071 | 94,081 | 94,088 |
| 13 Bremerhaven | | | | | |
| | 7,0 | 2,3 | 2,3 | 2,3 | 2,2 |
| 14 Anteil in % | 5,940 | 5,938 | 5,929 | 5,919 | 5,912 |

Ableitung strukturelles Defizit**Finanzielle Transaktionen**

- alle Angaben in Mio. € -

Ziffer 2.5 der Beratungsvorlage

| Zeile Einnahmen, Ausgaben | Ist 2010 | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 |
|--|-----------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|----------------------|----------------------|
| 1 Einnahmen | 0,355 | 0,179 | 0,181 | 0,181 | 0,184 | 0,184 |
| 2 Veräußerung von Beteiligungen (Gruppen 133, 134) | 0,009 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 3 Gruppe 133 | 0,009 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 4 Gruppe 134 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 5 Schuldenaufnahme öffentlicher Bereich (Obergruppe) | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 6 Gruppe 311 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 7 Gruppe 314 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 8 Darlehensrückflüsse (Obergruppen 14, 17, 18) | 0,345 | 0,179 | 0,181 | 0,181 | 0,184 | 0,184 |
| 9 Gruppe 181 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 10 Gruppe 182 | 0,345 | 0,179 | 0,181 | 0,181 | 0,184 | 0,184 |
| 11 Ausgaben | 1,584 | 0,030 | 0,045 | 0,045 | 0,045 | 0,045 |
| 12 Erwerb von Beteiligungen (Obergruppe 83) | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 13 Gruppe 831 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 14 Tilgungen an öffentlichen Bereich (Obergruppe 58) | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 15 Darlehen (Obergruppen 85 - 87) | 1,584 | 0,030 | 0,045 | 0,045 | 0,045 | 0,045 |
| 16 Gruppe 861 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 17 Gruppe 862 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| 18 Gruppe 863 | 0,044 | 0,000 | 0,015 | 0,015 | 0,015 | 0,015 |
| 19 Gruppe 871 | 1,540 | 0,030 | 0,030 | 0,030 | 0,030 | 0,030 |
| 20 Saldo finanzielle Transaktionen | 1,229 | -0,149 | -0,137 | -0,136 | -0,139 | -0,139 |

Berechnung der Konsolidierungshilfen auf Basis des Ist 2010 in Mio. €

- alle Angaben in Mio. €, rechnerische Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich -
Ziffer 2.6 der Beratungsvorlage

| Zeile | Stadtstaat | Land Bremen | Stadt Bremen | Bremerhaven | |
|--------------|--------------------------|--------------------|---------------------|--------------------|--------|
| 1 | strukturelles Defizit | -1.218,9 | -484,3 | -608,2 | -126,4 |
| 2 | Anteil in % | 100,0 | 39,7 | 49,9 | 10,4 |
| 3 | KONSO-Hilfen 2011 | 200 | 79,465 | 99,795 | 20,739 |
| 4 | KONSO-Hilfen 2012 - 2019 | 300 | 119,197 | 149,693 | 31,109 |
| 5 | KONSO-Hilfen 2020 | 100 | 39,732 | 49,898 | 10,370 |

Veranschlagungsvorgaben

Es sind nur die derzeit genutzten FPL-Merkmale aufgeführt.

| FPL-Merkmal | AB | DEZ | Bereich | Kap | Gru | Ti | Bezeichnung | Hinweis |
|------------------|------|------|---------|-----|--------------------------|----|---|---|
| allgemein | | | | | | | | |
| FBI | alle | alle | alle | | 7, 8 | | Investitionen | Die Ansätze werden im Rahmen bestehender Verpflichtungen vorgegeben. |
| FBV | alle | alle | alle | | 385 388 987 989 | | Verrechnungen mit Bremen | Veranschlagung gemäß Vorgabe aus Bremen. |
| FB 201 | alle | alle | alle | | | | Zinsen und Tilgungen für Kapitaldienstfinanzierungen | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 202 | alle | alle | alle | | 371 bis 374 | | Globale und ressortbezogene Mehr- und Mindereinnahmen | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 203 | alle | alle | alle | | 971 bis 974 | | Globale und ressortbezogene Mehr- und Minderausgaben | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 204 | alle | alle | alle | | 351 359 | | Rücklagenentnahmen | 0 EUR-Veranschlagung, Ausnahmen möglich. |
| FB 205 | alle | alle | alle | | 911 919 | | Rücklagenzuführungen | 0 EUR-Veranschlagung |
| FB 206 | alle | alle | alle | | | | Mittel der Stiftung Wohnliche Stadt | 0 EUR-Veranschlagung in Einnahme und Ausgabe. |
| FB 207 | alle | alle | alle | | | | Spenden | 0 EUR-Veranschlagung in Einnahme und Ausgabe. |
| FB 208 | alle | alle | alle | | | | Versicherungs- und Schadensersatzleistungen | 0 EUR-Veranschlagung in Einnahme und Ausgabe. |
| FB 209 | alle | alle | alle | | | | Zinsen und Tilgungen | Die Ansätze werden im Einzelfall, soweit bekannt und berechenbar, vorgegeben. |
| FB 210 | alle | alle | alle | | | | Nachlässe | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 211 | alle | alle | alle | | | | Bildung und Teilhabe | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 212 | alle | alle | alle | | | | Erstattungen z. B. wegen Überzahlungen in Einnahme und Ausgabe | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 213 | alle | alle | alle | | | | Wegfall von Einnahmen und Ausgaben, z. B. wegen Einmaligkeit, Aufgabenwegfall, Organisationsänderungen usw. | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 214 | alle | alle | alle | | | | Verlagerung von Einnahmen und Ausgaben zu anderen Haushaltsstellen. | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 215 | alle | alle | alle | | | | Ausbildung | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 216 | alle | alle | alle | | | | Einnahme-Ausgabe-Beziehungen ohne direkte 1:1-Zuordnung | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 217 | alle | alle | alle | | | | Finanzbeziehungen zu (städtischen) Gesellschaften, Eigen- und Wirtschaftsbetrieben | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 218 | alle | alle | alle | | | | Verkaufserlöse | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 219 | alle | alle | alle | | | | Die Haushaltsstellen werden nur für die Darstellung früherer Ansatz- und Ist-Ergebnisse benötigt. | 0 EUR-Veranschlagung |
| FB 220 | alle | alle | alle | | | | Finanzbeziehungen zu bremischen Gesellschaften und niedersächsischen sowie vergleichbaren Institutionen und Einrichtungen, die Aufgaben für die Stadt wahrnehmen. | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |

| FPL-Merkmal | AB | DEZ | Bereich | Kap | Gru | Ti | Bezeichnung | Hinweis |
|-----------------|------|------|---------|--|-------------------|----------------|---|--|
| FB 221 | alle | alle | alle | | | | Politisches Sonderprogramm | Die Ansätze werden im Einzelfall vorgegeben. |
| FB 222 | alle | alle | alle | | | | Umsetzung Koalitionsvereinbarung 2007 - 2011 | |
| speziell | | | | | | | | |
| FB 001 | 1 | 1 | 11 | 6070 | | | Zensus | Die Ausgaben werden vom Land erstattet. |
| FB 002 | 1 | 1 | 11 | 6001 6150 6150 | 636 633 636 | 01 01 01 | Beteiligung an den Versorgungslasten der Sozialversicherungsträger bzw. der Gemeinden | Quasi Personalausgaben, deshalb Vorgabe. |
| FB 003 | 1 | 1 | MK | 6024 | 532 | 07 | Prüfung des Magistratsnetzes | Festschreibung des Ansatzes alle 2 Jahre. |
| FB 004 | 1 | 1 | 11 | 6990 | 462 | 06 | GPMA Stelleneinsparung | Die Werte werden vorgegeben. |
| FB 005 | 1 | ohne | GPR | 6026 | 532 | 01 | Personalratswahlen | Festschreibung des Ansatzes alle 4 Jahre. |
| FB 007 | 1 | ohne | FB | 6028 | 532 | 01 | Wahl der Frauenbeauftragten | Festschreibung des Ansatzes alle 4 Jahre. |
| FB 008 | 1 | 9 | 12 | 6050 | | | Statistisches Amt und Wahlamt | Die Wahlansätze werden vorgegeben. |
| FB 009 | 7 | 1 | 90 | 6110 | | | Vollzugspolizei | Das gesamte Kapitel wird vorgegeben. |
| FB 013 | 4 | 4 | 40 | 6250 | | | Schulversuche und Sonderprogramme | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. Die Ansätze werden mit 0 EUR ausgewiesen. |
| FB 019 | 1 | 1 | 11 | 6001 | | | Magistrat | Spezielle Veranschlagungen bei Repräsentation und Stellenausschreibungen. |
| FB 024 | 10 | 10 | 52 | 6541 | | | Förderung des Sports aus Wettmitteln | Das gesamte Kapitel wird vorgegeben. |
| FB 027 | 6 | 6 | 61 | 6625 | | | Städtebauförderung | Das gesamte Kapitel wird vorgegeben. |
| FB 029 | 4 | 4 | 41 | 6321 | 685 | 01 | Zuschuss zur Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum | Vorgabe auf Basis des Stiftungsvertrages. |
| FB 030 | 6 | 6 | VI/1 | 6600 6600 | 341 341 | 01 02 | Erschließungsbeiträge, Straßenausbaubeiträge | Die Einnahmen bestimmen sich nach den abzurechnenden Erschließungsanlagen. |
| FB 033 | 2 | 2 | 20 | 6819 | 122 | 01 | Konzessionsabgabe der swb | Die Einnahme wird vorgegeben. |
| FB 037 | 0 | 2 | 20 | 6920 | | | Rücklagen und Verpflichtungen aus Bürgschaften | Das gesamte Kapitel wird vorgegeben. |
| FB 038 | 0 | 2 | 20 | 6930 | | | Allgemeines Kapitalvermögen | Das gesamte Kapitel wird vorgegeben. |
| FB 039 | 0 | 2 | 20 | 6952 | | | Toto-, Lottomittel | Das gesamte Kapitel wird vorgegeben. |
| FB 040 | 0 | 2 | 20 | 6960 | | | Steuern | Das gesamte Kapitel wird gemäß Steuerschätzung vorgegeben. |
| FB 041 | 0 | 2 | 20 | 6980 | | | Globale Mehr- und Minderausgaben | Das gesamte Kapitel wird vorgegeben. |
| FB 042 | 1 | 1 | 11 | 6990 | | | Zentral veranschlagte Personalausgaben (Übrige Verwaltung) | Das gesamte Kapitel wird vorgegeben. |
| FB 043 | 4 | 4 | 40 | 6200 6210 6211 6230 6231 6246 6270 | | | Schulkapitel | Planung auf der Basis konsumtiver Mengengerüste. |
| FB 044 | 4 | 4 | 40 | 6205 6210 6211 6230 6246 | 4 | | Personalausgaben Lehrkräfte | Vorgabe im Rahmen der Personalkosten-erstattung durch Bremen. Betrifft auch die HST 6205/119 32, 119 72, 231 01, 232 01, 631 01, 632 01, 636 01, 6210/233 01, 6230/233 01 und 6246/233 01. |

Einnahme-Ausgabe-Beziehungen

Es handelt sich hierbei nur um rechnerische Beziehungen. Es sind nur die derzeit genutzten FPL-Merkmale aufgeführt.

| FPL-Merkmal | AB | DEZ | Bereich | Haushaltsstelle, Kapitel | Haushaltsstelle, Kapitel | Gegenstand | Hinweis |
|-------------|----|-----|---------|--------------------------|--|---|---|
| EA 001 | 1 | 9 | 12 | 6050/385 05 | 6050/532 05 | Wahl zum Europäischen Parlament | Die Einnahmen dienen zur Teilfinanzierung der Ausgaben. |
| EA 002 | 1 | 9 | 12 | 6050/385 02 | 6050/532 02 | Bundestagswahl | Die Einnahmen dienen zur Teilfinanzierung der Ausgaben. |
| EA 003 | 1 | 9 | 12 | 6050/385 03 | 6050/532 06 | Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und zur Stadtverordnetenversammlung | Die Einnahmen dienen zur Teilfinanzierung der Ausgaben. |
| EA 004 | 7 | 1 | 90 | 6110/385 10 | 6110/119 33 6110/119 71 6110/119 91 6110/119 92 6110/231 01 6110/232 01 6110/385 01 Personalausgaben Polizei 6110/632 01 6110/636 01 | Kostenerstattung Personalausgaben Polizei | Seit 2008 ff 100 % Erstattung der Personalausgaben inkl. 6110/632 und 636 01 nach Abzug der Einnahmen bei den angeführten Einnahme-Haushaltsstellen. |
| EA 005 | 4 | 4 | 40 | 6200/162 03 | 6200/539 03 | Hanna-Schröder-Stiftung | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 006 | 4 | 4 | 40 | 6205/385 01 | 6205/119 32 6205/119 72 6205/119 91 6205/231 01 6205/232 01 6210/233 01 6211/233 01 6230/233 01 6246/111 11 6246/233 01 Personal-ausgaben Lehrkräfte 6205/631 01 6205/632 01 6205/636 01 | Kostenerstattung Personalausgaben Lehrkräfte | Seit 2008 ff 100 % Erstattung der Personalausgaben inkl. 6205/631 01 und 636 01 nach Abzug der Einnahmen bei den angeführten Einnahme-Haushaltsstellen. |
| EA 007 | 4 | 4 | 40 | 6250 | | Schulversuche und Sonderprogramme | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. Die Ansätze sind mit 0 EUR auszuweisen. |
| EA 008 | 4 | 4 | 40 | 6271/231 01 | 6271/532 07 | Förderprogramm "Lernen vor Ort" | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 009 | 6 | 6 | 61 | 6625/385 02 | 6625/790 02 | Bundesfinanzhilfen Stadtumbau West, reguläres Förderprogramm | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 010 | 6 | 6 | 66 | 6651/125 01 | 6651/532 02 | Bauausführung für Rechnung anderer | Die Einnahmen richten sich nach den Ausgaben. |
| EA 011 | 4 | 4 | 41 | 6300/162 01 | 6300/539 04 | Zinsen Sparkassenstiftung | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 012 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 18 | 6782/790 14 | Imare - Zentrum für Aquakulturforschung | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 013 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 19 | 6782/790 15 | Offshore-Sicherheitstrainingszentrum | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 014 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 16 | 6782/790 13 | Cherbourger Straße | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 015 | 6 | 6 | 61 | 6625/385 09 | 6625/790 09 | Aktive Stadt- und Ortsteilzentren | 1/3 Bundeszuweisung, 2/3 städtische Komplementierung |
| EA 016 | 8 | 3 | 51 | 6470/231 04 | 6470/684 09 | Zuwendung „Bremerhavener Kitas: Eine berufliche Perspektive für Männer“ | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |

Anhang 8

| FPL-Merkmal | AB | DEZ | Bereich | Haushaltsstelle, Kapitel | Haushaltsstelle, Kapitel | Gegenstand | Hinweis |
|-------------|----|-----|---------|--------------------------|--|--|---|
| EA 017 | 6 | 6 | 66 | 6651/281 01 | 6651/428 06 | Personalkostenerstattung für Planung und Ausbau Cherbourger Straße | 100 % Kostenerstattung. |
| EA 018 | 4 | 4 | 43 | 6271/119 34 | 6271/532 02 | Prüfungskosten | Die Einnahmen richten sich nach den Ausgaben. |
| EA 019 | 5 | 3 | 50 | 6416/385 01 | 6416/681 50 | Leistungen für Opfer politischer Verfolgung in der DDR | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 020 | 8 | 3 | 51 | 6451/119 31 | 6451/987 01 | Kostenersatz Unterhaltsvorschussgesetz | Die Ausgaben betragen 9/12 der Einnahmen. |
| EA 021 | 8 | 3 | 51 | 6451/385 01 | 6451/681 01 | Unterhaltsvorschussgesetz | Die Einnahmen betragen 10/12 der Ausgaben. |
| EA 022 | 8 | 3 | 51 | 6451/385 02 | 6451/681 54 | Erziehungshilfe für Minderjährige | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 023 | 5 | 5 | 57 | 6490/231 01 | 6490/681 04 - 06, 863 04 (100 %-Erstattung), 6490/681 01, 02, 08, 09 (80 %-Erstattung) | Hilfen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 024 | 2 | 2 | 20 | 6901/119 32 | 6901/422 03, 532 06 | Hochwasserschutzbeiträge | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 025 | 5 | 5 | 57 | 6491/231 01 | 6491/681 05 (100 %-Erstattung), 6491/681 02, 04, 09, 11 - 14 (80 %-Erstattung) | Sonstige Hilfen, Amt für Schwerbehinderte | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 026 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 20 | 6782/790 16 | Maritime Forschungs- und Entwicklungsmeile Bremerhaven | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 027 | 3 | 3 | 53 | 6500/233 02 | 6500/681 01 | Beratungsstelle sexuell übertragbare Krankheiten | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 028 | 5 | 3 | 50 | 6440/385 10 | 6440/681 01 6440/681 04 6441 | Erstattungen des Bundes für Kosten der Unterkunft sowie Bildungs- und Teilhabepaket | Die Einnahmen richten sich nach einem vom Bund vorgegebenen prozentualen Schlüssel, der auf die Ausgaben angewendet wird. |
| EA 029 | 6 | 6 | 58 | 6502/282 03 | 6502/532 26 | Projekte "Lokale Agenda" | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 030 | 6 | 6 | 58 | 6502/385 04 | 6502/790 03, 812 07 | Baumaßnahmen aus Abwasserabgabe | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 031 | 6 | 6 | 58 | 6502/385 05 | 6502/532 12 | Projekte und Sachkosten aus Grundwasserschutzmitteln | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 032 | 6 | 6 | 58 | 6502/385 06, 6502/385 10 | 6502/532 13 | Projekte und Sachkosten (Rückflüsse Abwasserabgabe) | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 033 | 6 | 6 | 58 | 6502/385 11 | 6502/812 81 | Technisierung der Verwaltung aus Grundwasserschutzmitteln | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 034 | 6 | 6 | 61 | 6625/385 01 | 6625/790 03 | Investitionspakt für energetische Sanierung | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 035 | 10 | 10 | 52 | 6541 Einnahmen | 6541 Ausgaben | Förderung des Sports | Die Ausgaben richtet sich nach den Einnahmen. |
| EA 036 | 8 | 3 | 51 | 6560/162 03 | 6560/539 02 | Hanna-Schröder-Stiftung | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 037 | 6 | 6 | VI/1 | 6600/341 01 | 6651/730 02 | Erschließungsbeiträge und Vorausleistungen, Ausbau von Wohnstraßen, Parkplätzen und Erschließungsanlagen | Die Einnahmen bei 6600/341 01 stellen in 2013 50 % der Ausgaben bei 6651/730 02 dar. |
| EA 038 | 6 | 6 | 63 | 6611/119 32 | 6611/532 02 | Verauslagung Prüfungskosten | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 039 | 6 | 6 | 61 | 6625/385 04 | 6625/790 05 | Bundesfinanzhilfen Städtebauförderung | 1/3 Bundeszuweisung, 2/3 städtische Komplementierung |

Anhang 8

| FPL-Merkmal | AB | DEZ | Bereich | Haushaltsstelle, Kapitel | Haushaltsstelle, Kapitel | Gegenstand | Hinweis |
|-------------|----|-----|---------|----------------------------|----------------------------------|---|---|
| EA 040 | 6 | 6 | 58 | 6502/385 10 | 6502/790 01 | Entsiegelungsmaßnahmen | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 041 | 5 | 3 | 50 | 6401/385 03 | 6401/812 06 | Erstattung investiver Mittel Sozialamt | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 042 | 6 | 6 | 58 | 6502/385 14 | 6502/532 29 | Sachkosten Bodenschutzbehörde | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 043 | 6 | 6 | 66 | 6651/331 02 | 6651/730 08 | Planungs- und Freilegungskosten | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 044 | 6 | 6 | 66 | 6651/385 04 | 6651/730 mit Zusatz (ENTFLECHTG) | EntflechtG-Mittel | 75 % Bundesmittel, 25 % städtische Komplementärmittel. |
| EA 045 | 6 | 6 | 66 | 6651/385 05 6651/337 01 | 6651/730 mit Zusatz (ÖPNVG) | ÖPNVG-Mittel | 90 % Landesmittel, 10 % städtische Komplementärmittel. |
| EA 046 | 6 | 7 | 67 | 6730/385 02 | 6730/684 02 | Israelitischer Friedhof | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 047 | 4 | 4 | 40 | 6200/119 11 | 6200/531 02 | Reise-Rücktrittsversicherung für Schulfahrten | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 049 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 04 | 6782/682 81 | Betriebskostenzuschuss Flugplatz | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 050 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 11 | 6782/790 01 | WAP III - Allgemeine investive Maßnahmen - | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 051 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 15 | 6782/790 12 | Impulse für lebenswerte Städte | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 052 | 6 | 6 | 58 | 6502/119 32 | 6502/539 02 | Ausgleichszahlung Baumschutzverordnung | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 053 | 4 | 4 | 40 | 6205/385 04 | 6205/812 01 6205/891 01 | Förderung Ganztagschulen | 90 % Bundesmittel, die um 10 % zu komplementieren sind. |
| EA 054 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 21 | 6782/790 17 | EU-Programm EFRE | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 055 | 6 | 6 | 61 | 6625/385 10 | 6625/790 10 | Denkmalschutz West | 1/3 Bundeszuweisung, 2/3 städtische Komplementierung |
| EA 056 | 2 | 1 | I/8 | 6780/385 12 | 6780/790 24, 27 | Projekt "Havenwelten" (Bremer Komplementärmittelanteil) | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 057 | 4 | 4 | 40 | 6205/385 06 | 6205/684 01, 893 01 | Schulergänzungsförderung | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 059 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 13 | 6782/790 07 | Urban II Projekt | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 060 | 6 | 7 | 67 | 6730/385 01 | 6730/684 01 | Bundeszuweisung für Kriegsgräberfürsorge | Von den Einnahmen sind 7.720 EUR als Ausgaben bei 6730/684 01 zu veranschlagen. |
| EA 061 | 6 | 6 | 61 | 6625/231 01 | 6625/532 01 | Forschungsfeld Eigentümerstandortgemeinschaften | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 062 | 6 | 6 | 61 | 6625/385 08 | 6625/790 08 | Stadtumbau West | 50 % Bundeszuweisung, 50 % städtische Komplementierung |
| EA 063 | 4 | 4 | 40 | 6205/385 02 | 6205/682 81 | Offensive Bildungsarbeit | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 064 | 8 | 3 | 51 | 6451/385 03 | 6451/893 01 | Impulse für den sozialen Zusammenhalt | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 065 | 6 | 6 | 62 | 6612/385 02 | 6612/812 06 | Investive Mittel für Vermessungs- und Katasteramt | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 066 | 6 | 6 | 62 | 6612/111 12 | 6612/532 02 | Mehrwertsteuer für Vermessungs- und Katasterleistungen | Rd. 7,5 % der Vermessungs- und Katastergebühren sind mehrwertsteuerpflichtig. |
| EA 067 | 6 | 7 | 67 | 6642/124 01 | 6642/685 01 | Pachten für Kleingärten | Die Ausgaben entsprechen 10 % der Einnahmen. |
| EA 069 | 6 | 6 | 58 | 6502/119 33 | 6502/539 03 | Von Dritten für Kompensationsmaßnahmen | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 070 | 6 | 6 | 58 | 6502/119 70 | 6502/532 09 | Ersatzvornahmen | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 073 | 4 | 4 | 45 | 6361/119 31 | 6361/532 11 | Unterhaltung Museumsschiff Gera | Die Einnahmen werden zu 50 % über 6361/532 11 weitergeleitet. |

Anhang 8

| FPL-Merkmal | AB | DEZ | Bereich | Haushaltsstelle, Kapitel | Haushaltsstelle, Kapitel | Gegenstand | Hinweis |
|-------------|----|-----|---------|--------------------------|-----------------------------|--|---|
| EA 074 | 2 | 1 | I/8 | 6780/385 13 | 6780/790 30 | Marketing Entwicklungsgebiet Alter/Neuer Hafen | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 076 | 6 | 6 | 58 | 6502/385 03, 09 | 6502/428 07 | Abwasserabgabe, Grundwasserschutz | 100 % Kostenerstattung. |
| EA 077 | 6 | 6 | 61 | 6625/385 05 | 6625/790 06 | Bundesfinanzhilfen "Soziale Stadt" | 1/3 Bundeszuweisung, 2/3 städtische Komplementierung |
| EA 078 | 0 | 2 | 20 | 6962/111 12 | 6962/987 01 | Hochwasserschutzbeiträge | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 079 | 8 | 3 | 51 | 6470/232 01 | 6470/532 04 | Projekt "Konsultations-kindertagesstätte" | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 080 | 8 | 3 | 51 | 6470/385 01 | 6470/532 30, 682 90, 684 30 | Ausbau Kindertagesbetreuung U3 | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 081 | 8 | 3 | 51 | 6470/385 02, 03 | 6470/891 01, 893 03, 893 04 | Ausbau Kindertagesbetreuung U3 | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 082 | 2 | 1 | I/8 | 6782/385 12 | 6782/790 10 | Altlastenentsorgung Flugplatz | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 083 | 6 | 6 | 58 | 6502/385 15 | 6502/790 04 | Altlastensanierungen | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |
| EA 084 | 7 | 1 | 90 | 6110/385 03 | 6110 Sachausgaben | Kostenerstattung Sachausgaben Polizei | Kostenerstattung: 2010 70 %, ab 2011 100 %. |
| EA 085 | 7 | 1 | 90 | 6110/385 05 | 6110 Investitionen | Kostenerstattung Investitionen Polizei | 100 % Kostenerstattung. |
| EA 086 | 5 | 3 | 50 | 6421 Einnahmen | 6421 Ausgaben | Leistungen u. a. nach dem SGB XII, LPG, STGB und LAG, überörtlicher Träger | Einnahmen und Ausgaben müssen gleich hoch veranschlagt sein. |
| EA 087 | 5 | 3 | 50 | 6422 - 6427 Einnahmen | 6422 - 6427 Ausgaben | Sozialleistungen nach dem SGB | Die Ausgaben werden nach Abzug der Einnahmen seit 2009 mit 81,53 % erstattet. |
| EA 088 | 5 | 3 | 50 | 6401/231 01 | 6401/532 01 | Modellprojekt "Aktiv im Alter" | Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. |

Haushaltsaufstellung 2012**Ableitung der Personalausgabenveranschlagung "Übrige Verwaltung" (PAÜV)**

Ziffer 3.7.1.1 der Beratungsvorlage

| | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Plan 2014 | Plan 2015 |
|--|-------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Personalausgaben (PA) insgesamt | 242.020.900 | | | | |
| ./ PA Polizei | 34.134.510 | | | | |
| ./ PA Lehrkräfte | 98.145.060 | | | | |
| = PA Übrige Verwaltung (PAÜV) | 109.741.330 | | | | |
| ./ Versorgung | 11.512.810 | | | | |
| = PAÜV ohne Versorgung | 98.228.520 | | | | |
| ./ U3-Drittmittel | 1.312.090 | | | | |
| Ausgangsbasis für 2012 "Nullwachstum" | 96.916.430 | 96.916.430 | 96.916.430 | 96.916.430 | 96.916.430 |
| + Aufstockung um U3-Drittmittel | | 1.874.160 | 2.623.680 | 2.886.120 | 2.886.120 |
| + Versorgung | | 11.958.120 | 12.351.540 | 12.757.910 | 13.177.640 |
| = PAÜV insgesamt | | 110.748.710 | 111.891.650 | 112.560.460 | 112.980.190 |

* unter dem Vorbehalt der endgültigen Abstimmung der Verrechnungen mit Bremen

Wirtschaftsbetrieb StadtFinanz

Ziffer 4.2.3 der Beratungsvorlage

| Maßnahmen | WiPlan StadtFinanz 2011 | 2012 | 2013 | Hinweis |
|---|--|-------------|-------------|------------------------------------|
| Basketball | 565.620 | 565.620 | 565.620 | Mittel verlagert nach 6782/684 03. |
| Eishockey | 70.920 | 70.920 | 70.920 | Mittel verlagert nach 6782/684 01. |
| außerunterrichtliche Maßnahmen in sozialen Brennpunkten | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | Mittel verlagert nach 6205/682 82. |
| Wohnen in Nachbarschaften | 450.000 | 450.000 | 450.000 | Mittel verlagert nach 6405/684 01. |
| TAPST | 50.000 | 50.000 | 50.000 | Mittel verlagert nach 6300/684 02. |
| Kunst & Nutzen | 45.000 | 45.000 | 45.000 | Mittel verlagert nach 6300/685 01. |
| Kino im Hafen | 5.000 | 5.000 | 5.000 | Mittel verlagert nach 6300/684 03. |
| Hot Jazz | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Mittel verlagert nach 6300/685 10. |
| Solidar | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Mittel verlagert nach 6401/684 01. |
| Koordinatorienstelle RAM | 2.400 | 2.400 | 2.400 | Mittel verlagert nach 6401/684 04. |

Kapitaldienstfinanzierungen - Verschuldung und Schuldendienst

Ziffer 4.3.1 der Beratungsvorlage

| Verschuldung für Kapitaldienstfinanzierungen bei | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Planung 2014 | Planung 2015 | Planung 2016 | Planung 2017 | Planung 2018 | Planung 2019 | Planung 2020 |
|--|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| STÄGRUND für Zoo am Meer | 10.299.609 | 10.097.536 | 9.884.532 | 9.660.005 | 9.423.332 | 9.173.857 | 8.910.885 | 8.633.688 | 8.341.497 | 8.033.500 |
| BEAN für Havenwelten | 73.769.000 | 63.382.000 | 47.255.000 | 37.458.000 | 28.318.000 | 21.508.000 | 17.528.000 | 14.288.000 | 11.178.000 | 8.188.000 |
| BIS für Innenstadt | 1.241.000 | 499.000 | 106.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| BIS für südliche Innenstadt | 1.982.000 | 1.254.000 | 1.025.000 | 786.000 | 536.000 | 274.000 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| BIS für Offshore-Windenergieanlagen | 1.688.000 | 1.477.000 | 1.259.000 | 1.033.000 | 799.000 | 557.000 | 306.000 | 74.000 | 0 | 0 |
| Bremer Aufbaubank für US-Wohnungen | 1.622.556 | 1.485.176 | 1.341.532 | 1.188.563 | 1.028.405 | 860.719 | 685.152 | 501.333 | 308.875 | 107.372 |
| Seestadt Immobilien für Gebäudesanierungen | 56.756.588 | 54.709.508 | 52.650.292 | 50.517.945 | 48.307.895 | 46.016.752 | 43.640.978 | 41.176.873 | 38.620.575 | 35.968.048 |
| StadtFinanz für Stadtteilsonderprogramm | 11.807.651 | 11.494.434 | 11.167.968 | 10.827.691 | 10.473.016 | 10.103.333 | 9.718.003 | 9.316.363 | 8.897.720 | 8.461.351 |
| | 159.166.420 | 144.986.860 | 125.291.440 | 112.082.580 | 99.503.620 | 89.115.300 | 81.410.000 | 74.607.910 | 67.956.930 | 61.386.650 |

| Schuldendienst für Kapitaldienstfinanzierungen bei | Ansatz 2011 | Entwurf 2012 | Entwurf 2013 | Planung 2014 | Planung 2015 | Planung 2016 | Planung 2017 | Planung 2018 | Planung 2019 | Planung 2020 |
|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|------------------|------------------|
| STÄGRUND für Zoo am Meer | 744.750 | 745.900 | 746.160 | 746.440 | 746.730 | 747.040 | 747.360 | 747.700 | 748.060 | 748.440 |
| BEAN für Havenwelten | 7.851.000 | 12.316.000 | 17.774.000 | 10.009.000 | 9.140.000 | 6.810.000 | 3.980.000 | 3.240.000 | 3.110.000 | 2.990.000 |
| BIS für Innenstadt | 1.562.000 | 789.000 | 411.000 | 110.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| BIS für südliche Innenstadt | 346.000 | 284.000 | 284.000 | 284.000 | 284.000 | 284.000 | 284.000 | 0 | 0 | 0 |
| BIS für Offshore-Windenergieanlagen | 292.000 | 269.000 | 268.000 | 268.000 | 268.000 | 268.000 | 268.000 | 240.000 | 75.000 | 0 |
| Bremer Aufbaubank für US-Wohnungen | 211.370 | 211.370 | 211.380 | 216.030 | 216.030 | 216.030 | 216.030 | 216.030 | 216.030 | 216.030 |
| Seestadt Immobilien für Gebäudesanierungen | 4.417.920 | 4.383.990 | 4.375.030 | 4.362.030 | 4.349.010 | 4.336.000 | 4.322.940 | 4.310.640 | 4.298.280 | 4.285.210 |
| StadtFinanz für Stadtteilsonderprogramm | 803.750 | 803.750 | 803.750 | 803.750 | 803.750 | 803.750 | 803.740 | 803.740 | 803.750 | 803.750 |
| | 16.228.780 | 19.906.870 | 24.974.020 | 16.895.770 | 15.901.860 | 13.554.990 | 10.709.170 | 9.640.060 | 9.327.910 | 9.086.030 |

Zeitplan für die Haushaltsaufstellung 2012/2013 und die Finanzplanung bis 2015

Stand: 08.09.2011

Ziffer 1.1 der Beratungsvorlage

| Termin, Zeitraum | Haushaltsaufstellung Bremerhaven | Termin, Zeitraum | Haushaltsaufstellung Bremen |
|--------------------------------|--|--------------------------------|--|
| bis 29.09.2011 | Versand der Eckwerte-Vorlage mit Finanzplan bis 2015 an den Magistrat | bis 07.10.2011 | Erstellung der Senatsvorlagen „Finanzrahmen 2011 - 2015“ sowie der „Eckwerte 2012/2013“ |
| bis 12.10.2011 | Eckwerte-Beschluss des Magistrats | 11.10.2011 | Senatsbeschluss über den Finanzrahmen 2011 - 2015 sowie über die Eckwerte 2012/2013 |
| 17.10.2011 - 29.10.2011 | Herbstferien | 17.10.2011 - 29.10.2011 | Herbstferien |
| 15.11.2011 | Stellenplanberatungen im Personal- und Organisationsausschuss | | |
| bis 20.12.2011 | Aufstellung der Haushaltsplan-Teilentwürfe durch die Ämter | bis 13.12.2011 | Erarbeitung Haushaltsvorentwürfe durch die Bremer Ressorts (einschließlich Beteiligung der Deputationen) |
| 23.12.2011 - 04.01.2012 | Weihnachtsferien | 23.12.2011 - 04.01.2012 | Weihnachtsferien |
| 26.01.2012 | Vorabversand des Haushaltsplan-Gesamtentwurfs für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss | | |
| 07.02.2012 | Beschluss des Finanz- und Wirtschaftsausschusses über den Haushaltsplan-Gesamtentwurf | bis 07.02.2012 | Erstellung der Senatsvorlagen „Haushaltsentwurf 2012/2013“ sowie „Finanzplanung 2011 - 2015“ inkl. Umsetzung der Ergebnisse der November-Steuerschätzung einschließlich Aussagen zum weiteren Sanierungspfad |
| 29.02.2012 | Vorabversand des Haushaltsplan-Gesamtentwurfs für die Stadtverordnetenversammlung | 14.02.2012 | Senatsberatung über Haushalt 2012, Klärung offener Fragen |
| 20.03.2012 | Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über den Haushaltsplan-Gesamtentwurf | 21., 22.03.2012 | 1. Lesung Bremische Bürgerschaft |
| | | März / April 2012 | Ausschussberatungen in Bremen |
| 26.03.2012 - 11.04.2012 | Osterferien | 26.03.2012 - 11.04.2012 | Osterferien |
| | | 25., 26.04.2012 | 2. Lesung Bremische Bürgerschaft |
| vor. Mai 2012 | Rechtskraft des Haushalts 2012 | bis 30.04.2012 | Lieferung der Haushaltsdaten 2012 an das Sekretariat des Stabilitätsrats |